

# INHALT

## BEITRÄGE

Kriegsopferfürsorge 2000	3
Die neue Insolvenzstatistik	9
Die Entwicklung des Bauhauptgewerbes in den ersten 8 Monaten 2001	13
Erste Ergebnisse der Einkommensverwendungs- und -verteilungsrechnung nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995)	17
Buchbesprechung: <i>Statistik: der Weg zur Datenanalyse</i>	21
Buchbesprechung: <i>Mathematik: Grundlagen für Wirtschaftswissenschaftler</i>	22

## GRAPHIKEN

Wirtschaftsgraphiken	23
----------------------	----

## TABELLENTEIL

Zahlenspiegel	29
---------------	----

## KONJUNKTUR AKTUELL

Verarbeitendes Gewerbe - Oktober 2001	38
---------------------------------------	----

## ANHANG

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Saarland	40
Mitteilungen des Amtes	40



## Sozialleistungen

Gottfried Backes

### Kriegsopferfürsorge 2000

#### 1. Begriffliche und methodische Erläuterungen

##### Rechtsgrundlage der Statistik

Über Leistungen und Empfänger der Kriegsopferfürsorge führt das Statistische Landesamt jährlich eine Bundesstatistik durch. Rechtsgrundlage ist das Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Kriegsopferfürsorge in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG).

##### Berichtskreis/Meldeweg

Auskunftspflichtig sind die örtlichen und überörtlichen Träger der Kriegsopferfürsorge. Örtliche Träger sind im Saarland der Stadtverband Saarbrücken und die Landkreise, überörtlicher Träger ist das Saarland. Seine Aufgaben werden durch das Landesamt für Jugend, Soziales und Versorgung als Hauptfürsorgestelle wahrgenommen. Die örtlichen Träger und das o. a. Landesamt melden ihre Daten an das Statistische Landesamt. Dieses bereitet die Landesergebnisse auf und übermittelt sie dem Statistischen Bundesamt zur Erstellung des Bundesergebnisses.

##### Leistungen der Kriegsopferfürsorge/Anspruchsberechtigter Personenkreis

Rechtsgrundlage für die Leistungen der Kriegsopferfürsorge ist das Bundesversorgungsgesetz (BVG). Dieses Gesetz sieht für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, die bereits Renten oder Beihilfen beziehen, als besondere Hilfe im Einzelfall Leistungen der Kriegsopferfürsorge vor, wenn die Beschädigten infolge des Verlustes ihres Angehörigen nicht in der Lage sind, ihren Bedarf aus den übrigen Leistungen nach dem BVG und aus ihrem sonstigen Einkommen und Vermögen zu decken. Beschädigte erhalten Leistungen auch für ihre Familienmitglieder - als solche gelten neben dem Ehegatten auch Kinder und sonstige Angehörige, die mit dem Beschädigten in häuslicher Gemeinschaft leben, sowie seit 1983 auch solche Personen, deren Ausschluss eine offensichtliche Härte bedeuten würde - unter der Voraussetzung, dass diese ihren Bedarf nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen decken können und nicht bereits wegen Behinderung Ansprüche auf Leistungen nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften haben.

Besonders schwer geschädigte Personen, wie Blinde, Ohnhänder, Querschnittgelähmte sowie Beschädigte, deren Grad der Behinderung allein wegen Tuberkulose oder wegen einer Gesichtsentstellung wenigstens 50 % beträgt, erhalten - jeweils im Rahmen der einzelnen Hilfearten - Leistungen der Kriegsopferfürsorge; diese zusätzliche Leistung wird jeweils der Schwere und Eigenart der Schädigung angepasst.

Deutsche und deutsche Volkszugehörige mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Staaten, mit denen Deutschland diplomatische Beziehungen unterhält, haben nach § 64b BVG einen Anspruch auf Leistungen der Kriegsopferfürsorge für berufliche Fortbildung, Umschulung, Ausbildung und Schulausbildung sowie auf Erziehungsbeihilfe und ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt; die übrigen Leistungen der Kriegsopferfürsorge können in dringenden Fällen gewährt werden.

Leistungen der Kriegsopferfürsorge erhalten auch Personen mit Versorgungsansprüchen aufgrund folgender gesetzlicher Bestimmungen, die das BVG für anwendbar erklären:

- § 3 des Gesetzes über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen (UBG),
- §§ 4 und 5 Häftlingshilfegesetz (HHG),
- § 80 Soldatenversorgungsgesetz (SVG),
- § 47 Zivildienstgesetz (ZDG),
- § 1 des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (OEG).

Neben den Kriegsbeschädigten haben demnach z. B. auch Soldaten der Bundeswehr und Zivildienstleistende und deren Hinterbliebene Ansprüche auf Leistungen der Kriegsopferfürsorge.

##### Hilfe- und Leistungsarten (§§ 26 und 26a BVG)

Die Leistungen werden nach den Bestimmungen der §§ 26 bis 27d BVG gewährt.

##### Hilfen zur beruflichen Rehabilitation (§§ 26 und 26a BVG)

Als Hilfen zur beruflichen Rehabilitation werden Hilfen gewährt, die erforderlich sind, um die Erwerbsfähigkeit der Empfänger entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu

bessern, herzustellen oder wiederherzustellen. Ziel der Hilfe ist die möglichst dauerhafte berufliche Eingliederung. Als derartige Hilfen kommen insbesondere in Betracht: Hilfen zur Erhaltung oder Erlangung eines Arbeitsplatzes, Berufsfindung und Arbeitserprobung, Hilfen zur beruflichen Anpassung, Fortbildung, Ausbildung und Umschulung sowie Hilfen zur Gründung und Erhaltung einer selbständigen Existenz. Zu den berufsfördernden Rehabilitationsmaßnahmen der Kriegsopferfürsorge zählen ferner Hilfen zur Beschaffung, zum Betrieb, zur Unterhaltung, zum Unterstellen und Abstellen eines Kfz sowie Übernahme der Kosten zur Erlangung der Fahrerlaubnis; außerdem Hilfen zur Teilnahme an Maßnahmen im Eingangsverfahren und im Arbeitstrainingsbereich anerkannter Werkstätten für Behinderte.

### **Krankenhilfe (§ 26b BVG)**

Krankenhilfe erhalten Beschädigte und Hinterbliebene in Ergänzung der Leistungen der Heil- und Krankenbehandlung nach den §§ 10 bis 24a BVG. Die Krankenhilfe umfasst ärztliche und zahnärztliche Behandlung, Versorgung mit Arzneimitteln und Zahnersatz, Krankenhausbehandlung sowie sonstige zur Genesung, zur Besserung oder zur Linderung der Krankheitsfolgen erforderliche Leistungen.

### **Hilfe zur Pflege (§ 26c BVG)**

Die Hilfe wird - gegebenenfalls - zusätzlich zu einer Pflegezulage gemäß § 35 BVG - Beschädigten und Hinterbliebenen gewährt, die infolge von Krankheit oder Behinderung so hilflos sind, dass sie nicht ohne Wartung und Pflege bleiben können. Die Hilfe zur Pflege erfolgt bedarfentsprechend bei häuslicher Pflege z. B. durch Übernahme der Kosten für eine besondere Pflegekraft oder durch Gewährung von Pflegegeld oder durch Übernahme der Kosten für Unterkunft und Pflege in Einrichtungen. Hierzu gehört auch, dass dem Pflegebedürftigen Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden, die zur Erleichterung seiner Beschwerden wirksam beitragen.

### **Hilfe zur Weiterführung des Haushalts (§ 26d BVG)**

Beschädigte und Hinterbliebene mit eigenem Haushalt erhalten diese Hilfe in der Regel vorübergehend, wenn keiner der Haushaltsangehörigen den Haushalt führen kann. Voraussetzung ist, dass die Weiterführung des Haushalts geboten ist, z. B. bei Haushalten mit minderjährigen Kindern.

### **Altenhilfe (§ 26e BVG)**

Die Altenhilfe soll dazu beitragen, Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern und alten Menschen die Möglichkeit zu erhalten, am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen. Sie soll den Beschädigten und Hinterbliebenen zusätzlich zu den übrigen Leistungen gewährt werden.

### **Erziehungsbeihilfe (§ 27 BVG)**

Erziehungsbeihilfe erhalten Waisen und Beschädigte für ihre Kinder. Sie soll eine Erziehung zu körperlicher, geistiger und sittlicher Tüchtigkeit sowie eine angemessene, den Anlagen und Fähigkeiten entsprechende allgemeine und berufliche Ausbildung sicherstellen.

### **Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt (§ 27a BVG)**

Leistungen dieser Hilfeart werden gewährt, soweit der Lebensunterhalt nicht aus den übrigen Leistungen nach dem BVG und dem einzusetzenden Einkommen und Vermögen bestritten werden kann. Diese Hilfe umfasst vor allem Leistungen für Ernährung, Unterkunft, Kleidung und Heizung; daneben werden auch die Beiträge zur Krankenversicherung und für eine angemessene Alterssicherung übernommen. Die Leistungen werden in der Regel als Beihilfe gewährt, bei voraussichtlich nur kurzer Dauer der Notlage auch als Darlehen.

### **Erholungshilfe (§ 27b BVG)**

Erholungshilfe erhalten Beschädigte für sich und ihren Ehegatten, außerdem Hinterbliebene, in Form von meist dreiwöchigen Erholungsaufenthalten. Die Leistungsgewährung setzt voraus, dass die Erholungsmaßnahme zur Erhaltung der Gesundheit oder der Arbeitsfähigkeit notwendig und seine Form zweckmäßig ist. Soweit es sich um Beschädigte handelt, muss die Erholungsbedürftigkeit durch die anerkannten Schädigungsfolgen bedingt sein. Bei Schwerbeschädigten wird ein solcher Zusammenhang stets angenommen.

### **Wohnungshilfe (§ 27c BVG)**

Die Wohnungshilfe der Kriegsopferfürsorge besteht in der Beratung in Wohnungs- und Siedlungsangelegenheiten sowie in der Mitwirkung bei der Beschaffung und Erhaltung ausreichenden und gesunden Wohnraums. Geldleistungen werden nur unter bestimmten Voraussetzungen gewährt, z. B. wenn die Wohnung eines Schwerbeschädigten mit Rücksicht auf Art und Schwere der Schädigung besonderer Ausgestaltung oder baulicher Veränderungen bedarf.

### **Hilfen in besonderen Lebenslagen (§ 27d BVG i.V. mit Abschnitt 3 BSHG)**

Empfänger sind Beschädigte ebenso wie Hinterbliebene. Im Rahmen dieser Hilfeart werden im einzelnen folgende Hilfen gewährt:

1. Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage,
2. vorbeugende Gesundheitshilfe ohne Erholungsmaßnahmen,
3. Hilfe bei Schwangerschaft oder Sterilisation,
4. Hilfe zur Familienplanung,
5. Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen,

6. Eingliederungshilfe für Behinderte,
  7. Blindenhilfe,
  8. Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten.
- Leistungsarten der Kriegsopferfürsorge sind persönliche Hilfe, Sach- und Geldleistungen. Zur persönlichen Hilfe gehören insbesondere die Beratung in Fragen der Kriegsopferfürsorge sowie der Erteilung von Auskünften in sonstigen sozialen Angelegenheiten, soweit sie nicht von anderen Stellen oder Personen wahrzunehmen sind.

Die Geldleistungen werden als einmalige Beihilfe, als laufende Beihilfe oder als Darlehen gewährt. Als laufende Leistungen gelten alle Aufwendungen, die mit der Absicht auf Wiederholung gewährt wurden; auf die tatsächliche Dauer der Hilfefewährung kommt es dabei nicht an. Als einmalige Leistungen gelten alle übrigen, nicht regelmäßig vorgesehenen Bar- oder Sachleistungen. Die Gewährung eines Darlehens gilt auch dann als einmalige Leistung, wenn es in Raten ausbezahlt wird.

## 2. Tatbestände und Merkmale der Statistik

In der Statistik der Kriegsopferfürsorge werden erfasst die Ausgaben der Kriegsopferfürsorge für Berechtigte, die Einnahmen, die Erstattungen aus dem Europäischen Sozialfonds und - für jede Hilfeart gesondert - die Zahl der Empfänger laufender Leistungen am Ende des Berichtsjahres, sowie die Zahl der Fälle einmaliger Leistungen im Laufe des Berichtsjahres. Erstrecken sich Darlehenszahlungen über mehrere Jahre, so wird für jedes Berichtsjahr ein Fall gezählt. Leistungen, die für denselben Zweck teils als Beihilfe, teils als Darlehen gewährt werden, gelten als zwei Fälle und werden jeweils gesondert gezählt. Da ein Empfänger während des Berichtsjahres sowohl laufende als auch einmalige Leistungen erhalten kann, lässt sich in der Statistik die Gesamtzahl aller Empfänger nicht ermitteln. Auch die Zahl der Empfänger von laufenden Leistungen oder einmaligen Leistungen können Mehrfachzahlungen beinhalten, da ein Empfänger bei mehreren Hilfearten gezählt worden sein kann.

Nicht erfasst werden in der Statistik der Kriegsopferfürsorge:

1. die persönlichen Hilfen;
2. die Erstattungen (Zuweisungen) der für die Durchführung der Kriegsopferfürsorge zuständigen Stellen untereinander;
3. der Zuschussbedarf der eigenen Einrichtungen, die Zuschüsse an fremde Einrichtungen der Kriegsopferfürsorge, allgemeine Kosten der Schaffung, Förderung und Erhaltung von Einrichtungen der Kriegsopferfürsorge sowie Zuschüsse an Verbände und Organisationen;

4. die Verwaltungskosten der zuständigen Stellen mit Ausnahme derjenigen Kosten, die in den Leistungen der Kriegsopferfürsorge, z. B. in den Pflegesätzen von Einrichtungen, enthalten sind;
5. die Leistungen, die in Durchführung des deutsch-österreichischen Vertrages über Kriegsopferversorgung von 1963 und des Zusatzvertrages von 1969 entstehen.
6. die Auszahlungen nach dem Fünften Teil des Wohngeldgesetzes (pauschaliertes Wohngeld).

Die Ausgaben und Einnahmen werden in voller Höhe nachgewiesen. Erstattungen (Zuweisungen) von Bund, Ländern und Gemeinden bleiben unberücksichtigt.

## 3. Ergebnisse

### Kriegsopferfürsorge im Saarland von 1980 bis 1995

Trotz des zunehmenden zeitlichen Abstandes zum Zweiten Weltkrieg wiesen die Ausgaben für Kriegsopferfürsorge bis 1995 immer noch eine steigende Tendenz auf und hatten 1995 mit 23,4 Mill. DM im Saarland ihren bisherigen Höchststand erreicht.

Im Laufe von 16 Jahren - seit 1980 - sind sie von 14,4 Mill. DM um 9,0 Mill. DM oder 62,5 % auf 23,4 Mill. DM im Jahr 1995 angewachsen.

Ausschlaggebend hierfür waren die überdurchschnittlich gestiegenen Ausgaben im Bereich der Hilfe zur Pflege. Während 1980 die Hilfe zur Pflege in etwa einem Ausgabenanteil von einem Drittel entsprach, wurden 1995 für die Finanzierung von Pflegeleistungen mit 17,0 Mill. DM fast drei Viertel der Kriegsopferfürsorgemittel für diese Hilfeart ausgegeben. Betrachtet man die Ausgabenentwicklung nach dem Empfängerkreis, so ist festzustellen, dass sich von 1980 bis 1995 schon bei den Beschädigten selbst eine Reduzierung der Ausgaben von fast 750 000 DM auf rund 175 000 DM ergab, bei den Hinterbliebenen sind dagegen die Ausgaben im gleichen Zeitraum um über 12 Mill. DM anstiegen.

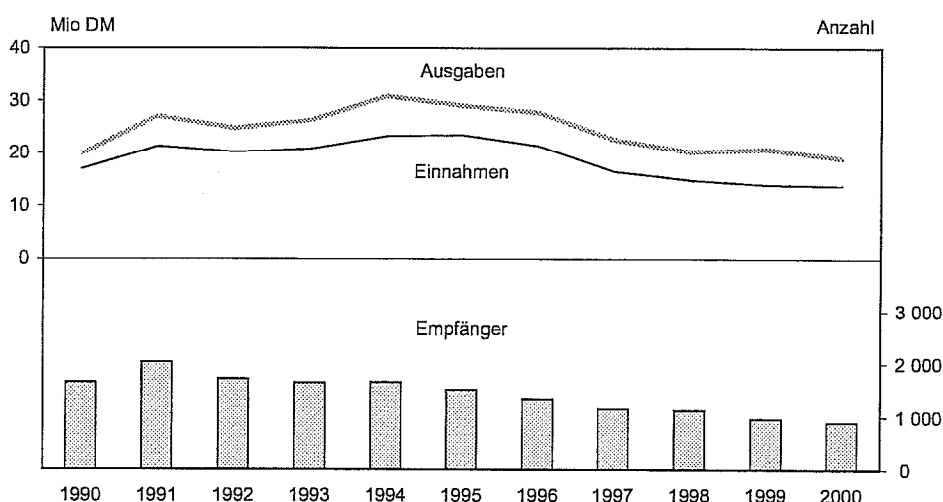
An zweiter Stelle stand 1980 die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt mit einem Ausgabenanteil von rund einem Fünftel. 1995 lag ihr Ausgabenanteil bei 13,3 %. An dritter Stelle folgte 1980 die Erziehungsbeihilfe mit einem Ausgabenanteil von 18,5 %, während sie 1995 mit einem Ausgabenvolumen von 155 700 DM oder 0,7 % nur noch von marginaler Bedeutung war.

Leichte Ausgabenzuwächse gab es von 1980 bis 1995 bei der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt (+ 5,8 %). Zu den Hilfearten, die in dieser Zeit einen rückläufigen Trend aufweisen, gehören die Erziehungsbeihilfen, die Erholungshilfen für Beschädigte, ihre Ehegatten und Hinterbliebenen. Der zunehmende zeitliche Abstand zum Zweiten Weltkrieg führt dazu, dass der Anteil der Leistungen für Beschädigte von 1980 bis 1995 von 25,8 % auf 10,6 % gesunken ist. Verhältnismäßig

groß war er 1995 noch bei der Erholungshilfe (60,1 %), bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen (50,2 %) sowie bei der Altenhilfe (46,4 %). Besonders geringe Anteile hatten die Beschädigten 1995 bei der Hilfe zur Pflege (3,8 %). Fast 4 % der Kriegsofopferfürsorgeausgaben oder 0,9 Mio. DM waren 1995 als zusätzliche Leistungen für Sonderfürsorgeberechtigte bestimmt, 1980 dagegen noch 2,6 Mio. DM oder 18,0 %.

Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes wurden 241 000 DM bzw. 133 000 DM gezahlt. Nachrangige Bedeutung hatten die Erziehungshilfe mit 33 000 DM und die Krankenhilfe mit nur noch 11 200 DM. Den Ausgaben standen Einnahmen in Höhe von 5,2 Mio. DM gegenüber, diese deckten die Ausgaben zu fast 38 %, so dass sich Nettoausgaben von 8,5 Mio. DM ergaben.

**Ausgaben, Einnahmen und Empfänger der Kriegsofopferfürsorge im Saarland 1990 bis 2000**



## Kriegsofopferfürsorge im Saarland von 1995 bis 2000

Seit 1995 sind die Ausgaben im Bereich der Kriegsofopferfürsorge rückläufig. 1996 gingen die Bruttoausgaben um gut 8 % zurück, 1997 sogar um 22,7 % oder 4,9 Mio. DM auf 16,5 Mio. DM, 1998 um 9,7 % auf 14,9 Mio. DM, 1999 um 3,6 % auf 14,4 Mio. DM und im Jahr 2000 um 4,3 % auf 13,8 Mio. DM. Mit Einführung der Pflegeversicherung für den ambulanten Bereich zum 1. April 1995 und der zweiten Stufe für den stationären Bereich zum 1. Juli 1996 haben sich die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege von 17,0 auf 7,4 Mio. DM mehr als halbiert und somit auch die Gesamtausgaben nachhaltig gesenkt. So reduzierten sich in den letzten fünf Jahren die Aufwendungen insgesamt um 41 %. Sie beliefen sich im Berichtsjahr 2000 auf 13,8 Mio. DM, 0,6 Mio. DM weniger als im Vorjahr. An der Spitze der Ausgabenkala stand nach wie vor die Hilfe zur Pflege mit 7,4 Mio. DM, die zu 96,5 % den Hinterbliebenen gewährt wurde. Gegenüber dem Vorjahr reduzierten sich diese Aufwendungen um 1,5 %. An zweiter Stelle standen die Aufwendungen für die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit 2,8 Mio. DM, gefolgt von der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt mit 2,0 Mio. DM. Rund 418 000 Mark wurden für die Altenhilfe ausgegeben, für die Erholungshilfe 350 000 DM und für die berufliche Rehabilitation 329 000 DM. An Wohnungshilfe bzw.

Im Rahmen der Kriegsofopferfürsorgestatistik werden nicht nur Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) erfasst, die Empfängern innerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes, also in Deutschland gewährt werden, sondern auch Leistungen an Empfänger, die außerhalb des Geltungsbereiches leben. Für diesen Personenkreis wurden rund 437 000 DM an Leistungen überwiesen. Neben dem BVG erfasst die Statistik auch die Leistungen nach dem Soldatenversorgungs- bzw. Zivildienstgesetz (SVG und ZDG). Von den insgesamt gezahlten 13,8 Mio. DM entfielen auf das BVG 12,9 Mio. DM und fast 0,5 Mio. DM auf SVG und ZDG. Wie bereits eingangs erwähnt, wird Personen, die durch die besondere Schwere ihrer Beschädigung in ihrer Lebensführung beeinträchtigt sind, eine der Schwere und Eigenart der Beschädigung angepasste Leistung gewährt. Hierfür wurde im Berichtsjahr 2000 ein Betrag von insgesamt fast 730 000 DM aufgewendet.

Eine Analyse der Empfängergruppen im Jahre 2000 zeigt, dass nur ein gutes Zehntel der Gesamtausgaben, also 1,4 Mio. DM, an Beschädigte selbst gezahlt wurde, der Rest von 12,3 Mio. DM ging an Hinterbliebene. Hier wird deutlich, dass der zunehmende zeitliche Abstand zum Zweiten Weltkrieg die Empfängerstruktur nachhaltig beeinflusst. Der in der Summe

größte Ausgabenposten für Beschädigte ist die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit über 647 000 DM, die zu fast zwei Dritteln für die Beschaffung, den Betrieb oder zur Unterhaltung eines Kraftfahrzeuges ausgegeben wurde. Für die Deckung der Bedürfnisse des täglichen Bedarfs, die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt, wurden fast 348 000 DM aufgewendet, und knapp 188 000 DM kamen Beschäftigten im Rahmen der Erholungshilfe zugute. Bei dieser Hilfeart war der Anteil der Beschädigten mit mehr als der Hälfte noch am größten.

Im Laufe der Jahre ergab sich innerhalb der Leistungsarten eine deutliche Verschiebung der Aufgabenschwerpunkte. War Anfang der 80er Jahre die Erziehungshilfe mit einem Anteil an den Gesamtausgaben von über 18 % noch ein wichtiger Faktor, so ist sie heute mit lediglich 32 900 DM nur mehr eine Randgröße. Eine gegenläufige Entwicklung zeigte sich bei den Hilfen zur beruflichen Rehabilitation. Bis 1995 gingen hier die Ausgaben um über die Hälfte im Vergleich zu 1990 auf

110 000 DM zurück. In den letzten Jahren waren in diesem Bereich wieder Ausgabenzuwächse zu verzeichnen. Mit knapp 329 000 DM hat sich das Ausgabenvolumen zwischenzeitlich fast verdreifacht. Hierbei handelt es sich fast ausschließlich um Leistungen nach dem Soldatenversorgungsgesetz, das u. a. gesundheitliche Folgeschäden von Bundeswehrangehörigen regelt.

Die Leistungen der Kriegsofferfürsorge werden heute fast ausschließlich als Beihilfen gewährt. Der Anteil, der als Darlehen gewährt wird, lag im Berichtsjahr 2000 gerade noch bei einem Prozent oder 136 740 DM. Die Darlehen wurden ausschließlich im Bereich der Hilfen in besonderen Lebenslagen gezahlt, etwa zur Beschaffung von behinderten gerechten Kraftfahrzeugen.

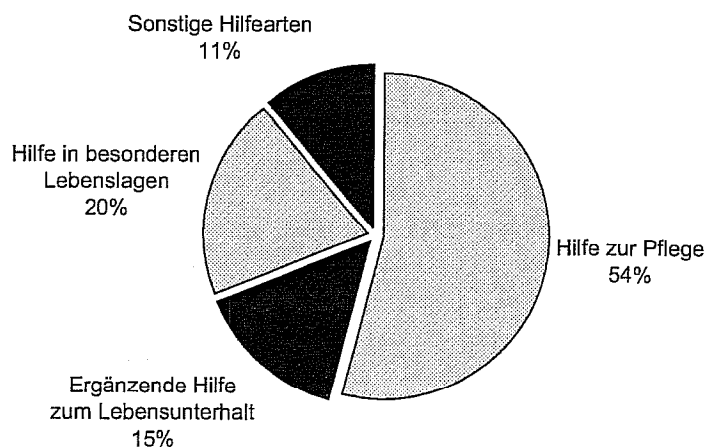
Neben den oben genannten Leistungen wurden im Jahr 2000 fast 178 000 DM für Empfänger nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (OEG) erbracht.

#### Aufwand und Empfänger der Kriegsofferfürsorge<sup>\*)</sup> nach Hilfearten 1980 bis 2000

Art der Leistungen	1980	1985	1990	1995	1997	1998	1999	2000
<b>Bruttoausgaben und Einnahmen (1 000 DM)</b>								
<b>Bruttoausgaben</b>								
darunter:								
Hilfen zur beruflichen Rehabilitation	901,3	229,3	242,4	111,3	277,8	456,4	409,1	329,0
Krankenhilfe	X	X	30,3	7,6	15,1	12,2	13,7	11,2
Hilfe zur Pflege	4805,9	7 030,4	11 082,5	17 013,3	9 905,0	7 948,3	7 560,6	7 446,1
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	X	X	97,5	166,7	120,1	123,3	131,3	132,6
Altenhilfe	X	X	204,9	523,3	448,8	442,8	491,3	418,3
Erziehungsbeihilfe	2 659,4	1 559,5	549,2	155,7	83,6	47,7	34,7	32,9
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	2 949,3	3 286,4	2 363,2	3 120,4	2 972,1	2 765,1	2 559,2	2 019,2
Erholungshilfe	1 152,2	908,5	694,0	481,9	452,8	402,8	377,4	350,3
Wohnungshilfe	144,9	89,1	51,5	125,6	91,6	86,1	125,1	241,0
Hilfen in besonderen Lebenslagen	1 775,2	1 700,4	1 536,6	1 702,7	2 173,9	2 628,4	2 677,4	2 803,6
<b>BRUTTOAUSGABEN INSGESAMT</b>	<b>14 388,2</b>	<b>14 803,6</b>	<b>16 852,1</b>	<b>23 408,5</b>	<b>16 540,9</b>	<b>14 913,0</b>	<b>14 379,8</b>	<b>13 779,2</b>
dar.: für Sonderfürsorgeberechtigte gem. § 27c BVG	2 575,9	1812,7	1 095,2	941,1	948,8	773,8	677,8	728,5
Bruttoausgaben je Einwohner <sup>1)</sup> - in DM -	13,48	14,12	15,75	21,60	15,28	13,85	13,41	12,86
<b>EINNAHMEN INSGESAMT</b>	<b>2 808,9</b>	<b>3 495,4</b>	<b>2 966,3</b>	<b>5 711,7</b>	<b>6 083,6</b>	<b>5 395,2</b>	<b>6 779,1</b>	<b>5 230,9</b>
<b>Empfänger laufender Leistungen am Ende des Berichtsjahres<sup>2)</sup></b>								
darunter:								
Hilfen zur beruflichen Rehabilitation	225	77	30	8	11	11	7	6
Hilfe zur Pflege	688	556	768	722	466	458	351	349
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	X	X	45	50	35	30	33	33
Altenhilfe	X	X	15	62	63	66	64	36
Erziehungsbeihilfe	1 161	393	104	25	12	12	5	3
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	366	342	269	248	196	180	174	150
Hilfen in besonderen Lebenslagen	909	415	413	383	369	368	326	314
<b>INSGESAMT</b>	<b>3 349</b>	<b>1 783</b>	<b>1 644</b>	<b>1 498</b>	<b>1 152</b>	<b>1 125</b>	<b>960</b>	<b>891</b>
<b>Einmalige Leistungen im Laufe des Berichtsjahres</b>								
darunter:								
Hilfen zur beruflichen Rehabilitation	90	7	4	1	3	3	1	1
Krankenhilfe	X	X	40	6	18	18	24	11
Hilfe zur Pflege	X	X	6	9	11	7	1	4
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	X	X	-	-	-	-	-	-
Altenhilfe	X	X	-	636	691	690	689	665
Erziehungsbeihilfe	-	-	2	-	-	-	1	1
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	1 393	1 364	769	535	624	609	466	388
Erholungshilfe	1 705	1 051	758	375	328	308	246	215
Wohnungshilfe	16	13	9	24	12	12	18	29
Hilfen in besonderen Lebenslagen	215	153	145	83	72	74	58	52
<b>INSGESAMT</b>	<b>3 478</b>	<b>2 588</b>	<b>2 430</b>	<b>1 731</b>	<b>1 759</b>	<b>1 721</b>	<b>1 504</b>	<b>1 366</b>

<sup>\*)</sup> Durch das 15. Anpassungsgesetz - KOV vom 23. Juli 1986, BGBl. I S. 915 haben sich ab 1988 Änderungen bei den Hilfearten ergeben. 1) Bevölkerungsstand im Jahresdurchschnitt. 2) Personen, denen Hilfen verschiedener Art gewährt wurden, sind in jeder Hilfeart gezählt, die Summe der Empfänger kann daher wegen möglicher Mehrfachzählungen nicht errechnet werden.

## Ausgaben der Kriegsofopferfürsorge im Saarland 2000 nach ausgewählten Hilfearten



Die Hauptlast der Ausgaben wurde von der Hauptfürsorgestelle beim Landesamt für Jugend, Soziales und Versorgung als überörtlichem Träger mit 11,7 Mio. DM getragen. Die Hauptfürsorgestelle betreut auch die Leistungsbezieher, die ihren Wohnsitz nicht innerhalb des Geltungsbereiches des Bundesversorgungsgesetzes haben, sowie die Bezieher von Leistungen nach dem Soldatenversorgungs- und Zivildienstgesetz. Sonderfürsorgeberechtigte werden ebenfalls ausschließlich von der Hauptfürsorgestelle betreut. Neben den Leistungen zur beruflichen Rehabilitation finanzierte der überörtliche Träger auch die Ausgaben für die Hilfe in besonderen Lebenslagen im Berichtsjahr fast ausschließlich.

Die Kriegsofopferfürsorgestellen der Landkreise und des Stadtverbandes Saarbrücken waren als örtliche Träger mit 2,1 Mio. DM an den Ausgaben beteiligt. Bei den örtlichen Trägern lag der Ausgabenschwerpunkt bei der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt analog den Leistungen aus dem Bundessozialhilfegesetz. Je Einwohner ergaben sich im Saarland Bruttoausgaben von knapp 13 DM, Nettoausgaben - bereinigt um die Einnahmen - von acht DM.

### Empfängerkreis laufender Leistungen insgesamt um 7,2 % niedriger als im Vorjahr

Ende 2000 erhielten im Saarland insgesamt noch 891 Personen laufende Leistungen der Kriegsofopferfürsorge. Seit Jah-

resbeginn 2000 hat sich damit die Gesamtzahl der Leistungsempfänger mit laufenden Zahlungen um 69 oder 7,2 % verringert. Die Zahl der Empfänger von Altenhilfe ging um fast die Hälfte von 64 auf 36 zurück; die der Bezieher von Ergänzender Hilfe zum Lebensunterhalt verringerte sich um 24 oder 13,8 % auf 150. Die Zahl der Bezieher von Hilfe zur Pflege reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr zwar nur um zwei Personen, ist aber insgesamt seit Einführung der Pflegeversicherung im Jahre 1995 um über die Hälfte zurückgegangen. Gut 300 Beschädigte erhielten Ende 2000 Beihilfen in Form von Hilfe in besonderen Lebenslagen, zumeist für den Betrieb, zur Unterhaltung, zum Unterstellen bzw. zum Abstellen ihres Kraftfahrzeuges.

Neben den laufenden Leistungen wurden im Berichtsjahr 2000 auch einmalige Leistungen gewährt. Auch hier war ein deutlicher Rückgang der Hilfebezieher zu verzeichnen. Wurden vor Jahresfrist noch 1 504 Personen gezählt, denen Beihilfen bzw. Darlehen gewährt wurden, so waren es im Berichtsjahr nur noch 1 366 Personen (- 9,2 %), die in den Genuss dieser Gelder kamen. Fast die Hälfte (665) dieses Personenkreises erhielt Altenhilfe, 388 ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt und 215 Leistungsberechtigten wurde Erholungshilfe in Form von Beihilfen oder Darlehen gewährt.



# Insolvenzen

Alwin Baus

## Die neue Insolvenzstatistik

### 1. Vorbemerkung

Zum 1. Januar 1999 trat die vom Bundestag bereits 1994 verabschiedete neue Insolvenzordnung<sup>1)</sup> in Kraft. Auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik löste sie die teilweise noch aus dem 19. Jahrhundert stammende Konkurs- und Vergleichsordnung ab, deren immer offensichtlicher zu Tage getretenen Mängel den Bundesjustizminister schon 1978 zur Einsetzung einer Kommission zur Insolvenzrechtsreform veranlasst hatten. Die widerstreitenden Interessen von Gläubigern und Schuldnern verhinderten jedoch lange Zeit eine einvernehmliche Lösung und erst der Zwang zur Rechtsvereinheitlichung in den alten und neuen Bundesländern<sup>2)</sup> ebnete schließlich den Weg für den erfolgreichen Abschluss des Reformvorhabens.

Die Notwendigkeit, auch weiterhin Daten zum Insolvenzgeschehen von der amtlichen Statistik aufbereiten zu lassen, war dabei nie strittig gewesen. Trotzdem war versäumt worden, eine entsprechende Regelung in die neue Insolvenzordnung aufzunehmen, und es gelang bis zu ihrem Inkrafttreten auch nicht, eine eigenständige statistische Rechtsgrundlage dafür zu schaffen. Fast ein Jahr lang, bis zur Verabschiedung des neuen Insolvenzstatistikgesetzes Mitte Dezember 1999<sup>3)</sup>, existierte damit keine rechtliche Basis für die Durchführung der Statistik<sup>4)</sup>.

Im Saarland, wo zuvor schon die Zuständigkeit für alle Insolvenzverfahren im Land beim Amtsgericht Saarbrücken<sup>5)</sup> zentralisiert worden war, wurde wie in anderen Ländern mit dem Übergang auf das neue Recht die Bearbeitung bei Gericht auf ein PC-gestütztes Verfahren umgestellt. Übernommen wurde ein im Auftrag der nordrhein-westfälischen Justiz entwickeltes Programmpaket, das auch die Ausgabe des benötigten Datensatzes für die Insolvenzstatistik beinhalten sollte. Anlaufschwierigkeiten mit dem eigentlichen Insolvenzprogramm bei Gericht sowie das Ausstehen des Insolvenzstatistikgesetzes, an dem bis zuletzt noch Änderungen hinsichtlich des Merkmalskatalogs vorgenommen worden waren<sup>6)</sup>, führten jedoch

dazu, dass die Arbeiten an dem Statistikprogrammteil erst sehr spät aufgenommen und abgeschlossen wurden<sup>7)</sup>. So dauerte es bis Anfang 2001, bis die Erstellung der Statistikdaten und ihre Weiterleitung auf dem vereinbarten Weg - vom Gericht werden die Daten in einem speziellen Datenübertragungsformat und kryptisch verschlüsselt dem Statistischen Landesamt übermittelt - fehlerfrei funktionierte.

Mittlerweile sind die Bearbeitungsrückstände der Insolvenzstatistik aufgeholt und die laufende monatliche Berichterstattung eingerichtet. Nachfolgend werden die Ergebnisse für die Jahre 1999 und 2000 sowie für die ersten drei Quartale 2001 vorgestellt. Zuvor soll aber nochmals kurz auf die wesentlichen Neuerungen und Änderungen des neuen Insolvenzrechts eingegangen werden.

### 2. Das neue Insolvenzrecht

Bis Ende 1998 wurde unter dem Oberbegriff Insolvenzen zwischen Konkurs- und Vergleichsverfahren unterschieden. Während mit einem Vergleichsverfahren versucht wurde, über einen Teilschulderlass<sup>8)</sup> die Sanierung und Fortführung des Unternehmens zu erreichen, endete mit einem Konkurs die Unternehmensexistenz. Waren beide Verfahrensarten anfangs noch etwa gleich stark vertreten, so entwickelten sich seit den siebziger Jahren die Vergleiche immer mehr zur Ausnahme und die Konkurse zur Regel, was Gläubiger wie Schuldner gleichermaßen beklagten. Aus Gläubigersicht kam verschlimmernd hinzu, dass bei einem Großteil der Konkurse die Verfahrenseröffnung mangels Masse abgelehnt werden musste. D. h., die verbliebene Vermögensmasse war so gering, dass sie nicht einmal mehr zur Deckung der Gerichtskosten ausreichte; für die Gläubiger bedeutete dies einen Totalverlust ihrer Forderungen. Ziel des neuen Insolvenzrechts war daher sowohl eine Verbesserung der Befriedigung der Gläubigeransprüche als auch eine Erhöhung der Chancen für den Erhalt der zahlungsunfähigen Unternehmen.

1. BGBl. I vom 18.10.1994, S. 2 866. 2) Im Beitrittsgebiet wurde nach der sogenannten Gesamtvollstreckungsordnung verfahren. 3) Als § 39 eingefügt durch: Zweites Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz vom 15. Dezember 1999, Artikel 1, BGBl. I S. 2 398. 4) Zuvor war die Insolvenzstatistik auf Basis von Verwaltungsvereinbarungen der Landesjustizminister durchgeführt worden. 5) Seit 1999 ist die Außenstelle Sulzbach des Amtsgerichtes Saarbrücken zuständig. 6) Im Bundesrat war das Merkmal "Handwerkseigenschaft" gestrichen und der "Insolvenzgrund" aufgenommen worden. 7) Wegen dieser technisch-organisatorischen Gegebenheiten konnte im Saarland auch die als Übergangslösung vorgesehene Regelung, die Insolvenzstatistik als Geschäftsstatistik im Auftrag des Landesjustizministers durchzuführen, nicht umgesetzt werden. 8) Ein Vergleichsverfahren setzte eine zu erwartende Deckungsquote von mindestens 35 % voraus; wurde diese später nicht erreicht, erfolgte ein Anschlusskonkursverfahren.

Die neue Insolvenzordnung kennt nur noch ein einheitliches Insolvenzverfahren. Wie bisher sind antragsberechtigt der Gläubiger und der Schuldner und stellt die Zahlungsunfähigkeit, bei Kapitalgesellschaften auch die Überschuldung, den Antragsgrund dar. Neu ist, dass ein Schuldner auch bereits bei drohender Zahlungsunfähigkeit einen Antrag stellen kann. Bei Verfahrenseröffnung wird von Gericht i.d.R. ein Verwalter bestellt; daneben ist aber auch die Möglichkeit geschaffen worden, dass der Schuldner - unter Aufsicht eines Sachwalters und mit Einverständnis der Gläubiger - verführungsbefugt bleibt. Eingeführt wurde das Rechtsinstitut des Insolvenzplans, der, vom Insolvenzverwalter oder vom Schuldner selbst vorgelegt, bei Annahme eine Sanierung des Unternehmens ermöglichen soll und das Insolvenzverfahren beendet. Die Gläubiger sind in das Insolvenzverfahren einbezogen: in der sogenannten Gläubigerversammlung stimmen sie über Annahme oder Ablehnung eines Insolvenzplanes ab bzw. entscheiden sie grundsätzlich über Liquidation oder Erhalt des Unternehmens. Die früheren Konkursvorrechte sind entfallen, so dass im Falle der Unternehmensauflösung alle (ungesicherten) Gläubiger mit der gleichen Deckungsquote befriedigt werden.

Völliges Neuland wurde mit der Einführung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens beschritten. Dadurch sollen auch überschuldete Privatpersonen - über die Möglichkeit der Restschuldbefreiung nach 7 jähriger Wohlverhaltensphase - wieder eine Perspektive für einen wirtschaftlichen Neuanfang erhalten.

## 3. Ergebnisse

### 3.1 Unternehmensinsolvenzen

1998, dem letzten Jahr der Gültigkeit der Konkurs- und Vergleichsordnung, war der über mehrere Jahre hinweg kräftige Anstieg der Unternehmensinsolvenzen in Westdeutschland endlich zum Stillstand gekommen. Im Saarland wurden nach dem historischen Höchstwert von 354 gewerblichen Konkursen im Jahr zuvor 1998 noch 309 zahlungsunfähige Unternehmen (- 12,7%) gemeldet. Dieser positive Trend setzte sich unter Gültigkeit der neuen Insolvenzordnung in den Jahren 1999 und 2000 fort.

**Tabelle 1: Unternehmensinsolvenzen im Saarland  
1998 bis 2000**

	1998	1999	2000
<b>Beantragte Verfahren insgesamt</b>	<b>309<sup>1)</sup></b>	<b>265</b>	<b>253</b>
- eröffnet	87 <sup>1)</sup>	105	144
- mangels Masse abgewiesen	222	160	109

1) Darunter nur ein Vergleichsverfahren.

Gegenüber dem jeweiligen Vorjahr sind die Unternehmensinsolvenzen 1999 um 14,2 % und 2000 nochmals um 4,5 % zu-

rückgegangen<sup>9)</sup>. Die mit dem neuen Recht erhoffte Strukturverschiebung trat ebenfalls ein, wobei man hinsichtlich der Bewertung ihres Ausmaßes unterschiedlicher Meinung sein kann: die Zahl der eröffneten Verfahren stieg jedenfalls in beiden Jahren kräftig an, während die Abweisungen mangels Masse stark zurückgingen. Im Jahr 2000 wurde über die Hälfte (57 %) aller Verfahren eröffnet, während es 1998 nur etwas mehr als ein Viertel (28 %) waren.

Die anderen Charakteristika des Insolvenzgeschehens gelten dagegen unabhängig von der Rechtsänderung fort. So lässt sich weiterhin feststellen, dass junge, sich noch im Aufbau befindliche Unternehmen den Großteil der Insolvenzen bilden; 1998 und auch 1999 waren jeweils nicht ganz drei Viertel (74 %) der gescheiterten Unternehmen noch keine acht Jahre alt. Während im Rahmen der alten Insolvenzstatistik nur zwischen unter acht und mindestens acht Jahre alten Unternehmen unterschieden wurde, wird nun das Gründungsjahr erfragt, so dass eine detaillierte Altersgliederung möglich ist. Dabei zeigt sich etwa, dass für gut die Hälfte der in die bisherige Altersklasse von unter 8 Jahre fallenden Unternehmen bereits nach weniger als drei Jahren der Gang zum Amtsgericht anstand. Unverändert gilt, dass die Verfahrenseröffnungsquote mit zunehmendem Alter der Unternehmen ansteigt.

Aufgrund ihrer weiten Verbreitung in der Wirtschaft und insbesondere bei Neugründungen, dominiert auch unter den Insolvenzunternahmen ganz eindeutig die Rechtsform der GmbH. Sie bleibt auch bezogen auf den entsprechenden Unternehmensbestand Spitzenreiter in der Insolvenzhäufigkeit.

Als Merkmal in die Insolvenzstatistik neu aufgenommen wurde der Insolvenzgrund, wobei zwischen Zahlungsunfähigkeit, Überschuldung, drohender Zahlungsunfähigkeit und Kombinationen der vorgenannten Gründe unterschieden wird. Die (eingetretene) Zahlungsunfähigkeit ist der mit großem Abstand häufigste Grund für die Insolvenzbekantragung; Überschuldung und erst recht drohende Zahlungsunfähigkeit, die beide auch nicht so einfach festzustellen sind, spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Gestellt wird der Insolvenzantrag - auch diese Angabe ist neu - in der großen Mehrzahl der Fälle vom Schuldner selbst.

Einziges Kriterium, um die wirtschaftliche Bedeutung des gescheiterten Unternehmens und den dadurch entstandenen volkswirtschaftlichen Schaden abzuschätzen, war bisher die voraussichtliche Höhe der angemeldeten Gläubigerforderungen. Mit der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer zum Zeitpunkt der Antragstellung wurde hierzu im neuen Insolvenzstatistikgesetz ein weiteres Merkmal aufgenommen<sup>10)</sup>. Methodisch stellt die erhobene Mitarbeiterzahl allerdings die absolute Untergrenze für die Zahl der von der Unternehmenskrise direkt betroffenen Arbeitnehmer dar, da i.d.R. davon auszugehen ist,

9) Es gibt keine Anzeichen dafür, dass 1998 wegen des Auslaufens der Konkurs- und Vergleichsordnung Anträge von Gläubigern "vorgezogen" worden wären. 10) Bisher stand als ergänzende Information von den Arbeitsämtern nur die Zahl der Bezieher von Konkursausfallgeld zur Verfügung.

dass im Zuge des wirtschaftlichen Niederganges bereits vorher ein mehr oder minder großer Personalabbau stattgefunden hat. Für das Saarland existiert derzeit aber - als Spätfolge der eingangs geschilderten schwierigen Statistikeinführung - dazu noch überhaupt kein verwertbares Ergebnis, da zu viele Insolvenzfälle ohne bzw. mit der (unplausiblen) Angabe "keine Arbeitnehmer" geliefert worden sind. Was die Summe der angemeldeten Forderungen anbetrifft, so stieg diese trotz der rückläufigen Verfahrenszahlen von 148 Mio. DM im Jahr 1998 auf 160 Mio. DM im Jahr 1999 bzw. auf 255 Mio. DM im Jahr 2000 an.

Neben der absoluten Höhe und der Veränderung der Insolvenzzahl, stellt die Verteilung der gescheiterten Unternehmen auf die einzelnen Branchen die wesentliche wirtschaftspolitisch interessante Information der Insolvenzstatistik dar.

**Tabelle 2: Unternehmensinsolvenzen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen**

	1998	1999	2000
Verarbeitendes Gewerbe	51	43	36
Baugewerbe	90	70	66
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	80	71	61
- Großhandel	27	21	23
- Einzelhandel	44	39	27
Gastgewerbe	11	7	8
Grund-/ Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen usw.	33	50	52
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	9	5	8
Sonstige	35	19	22
<b>INSGESAMT</b>	<b>309</b>	<b>265</b>	<b>253</b>

Der Rückgang der Insolvenzen seit 1998 war branchenübergreifend, lediglich im Bereich der Wohnungs- und Vermietungswirtschaft war ein Anstieg zu verzeichnen. Die unrühmliche Spitzenposition nimmt in allen Jahren das Baugewerbe ein, das auch die mit Abstand insolvenzanfälligste Branche - gemessen als Relation von Insolvenzunternehmen zu Unternehmensbestand - darstellt. Den zweiten Rang hinsichtlich der Absolutzahl belegt der erweiterte Handelssektor, zu dem nach der aktuellen Wirtschaftszweiggliederung (WZ 93) auch die Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern gehören; besonders betroffen war der Einzelhandel, auf den im Schnitt mehr als die Hälfte der Verfahren entfielen. Das Verarbeitende Gewerbe, 1998 noch dritter, ist 1999 und 2000 hinter den Wohnungs- und Vermietungssektor auf Platz vier zurückgefallen.

11) Über deren Anzahl gingen - und gehen, siehe unten - die Schätzungen weit auseinander.

Aktuell, d. h. bis Ende September 2001, ist im Saarland wieder ein Anstieg der Unternehmensinsolvenzen um 10,8% gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 216 Verfahren zu verzeichnen. Vor allem im Verarbeitenden Gewerbe hat die Insolvenzzahl deutlich zugenommen und nur im Wohnungs- und Vermietungswesen war sie rückläufig.

### 3.2 Verbraucherinsolvenzen

Die durch das neue Recht abgelöste Konkurs- und Vergleichsordnung sah unter der Rubrik "Übrige Gemeinschuldner" Verfahren für Privatpersonen nur als persönlich haftende Gesellschafter von insolventen Personengesellschaften und bei Nachlässen vor, wobei letztere in der Praxis überwogen. Mit der Einführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens sollte überschuldeten Privatleuten<sup>11)</sup> generell ein Ausweg aus übermächtigen, prinzipiell lebenslangen Schuldverhältnissen ermöglicht werden. Das Verfahren hat zunächst die Stärkung von außergerichtlichen Einigungsmöglichkeiten zum Ziel, die unter Einschaltung von Schuldnerberatungsstellen, Rechtsanwälten etc. erreicht werden sollen. In der zweiten Stufe kann zur Einigung vom Schuldner vor Gericht ein sogenannter Schuldenbereinigungsplan vorgelegt werden. Scheitert auch dieser, erfolgt ein vereinfachtes Insolvenzverfahren, das dem Schuldner die Chance der Restschuldbefreiung nach einer 7jährigen Wohlverhaltensphase - d. h., er zahlt während dieser Zeit das im Rahmen seiner Möglichkeiten Maximale an den Gläubiger zurück - eröffnet.

Im Saarland liefen die Verbraucherinsolvenzverfahren nur schleppend an. 1999 wurden insgesamt nur 104 Verfahren beantragt, von denen bei fast der Hälfte die Eröffnung mangels Masse unterbleiben musste.

**Tabelle 3: Verbraucherinsolvenzen im Saarland 1999 bis September 2001**

	1999	2000	1.1.2001 bis 30.9.2001
<b>Beantragte Verfahren insgesamt</b>	<b>104</b>	<b>212</b>	<b>217</b>
- Schuldenbereinigungsplan angenommen	16	15	10
- eröffnet	40	150	170
- mangels Masse abgewiesen	48	47	37

Im Jahr 2000 war dann schon mehr als eine Verdoppelung der Fallzahl auf 212 zu verzeichnen, wobei jetzt die eröffneten Verfahren ein klares Übergewicht hatten. Im bisherigen Jahr 2001 sind die Verbraucherinsolvenzen weiter kräftig (+ 46 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum) auf 217 Verfahren angestiegen. Die Beendigung des Insolvenzverfahrens durch die Annahme

des Schuldenbereinigungsplanes spielte in allen Jahren nur eine untergeordnete Rolle.

Dass die Fallzahlen für die Verbraucherinsolvenzen allgemein hinter den Erwartungen zurückblieben, wird vielfach auf die fehlende bzw. unklare Regelung hinsichtlich der Gewährung von Prozesskostenhilfe zurückgeführt. Im Gesetz nicht ausdrücklich geregelt und ohne höchstrichterlichen Spruch dazu, wurde die Frage der Prozesskostenhilfegewährung von Bundesland zu Bundesland und im Extremfall von Amtsgerichtsbezirk zu Amtsgerichtsbezirk unterschiedlich beantwortet. Gerade die am schlimmsten Überschuldeten sind aber auf Prozesskostenhilfe angewiesen, da sie aus eigenen Mitteln die Verfahrenskosten nicht bestreiten können und es deshalb entweder erst gar nicht zur Beantragung kommt oder die Verfahrenseröffnung mangels Masse abgelehnt wird.

#### 4. Ausblick

Nach erheblichen Anlaufschwierigkeiten befindet sich die neue Insolvenzstatistik mittlerweile à jour, wenn auch noch einige Erhebungsprobleme - siehe Zahl der betroffenen Arbeitnehmer - nicht befriedigend gelöst sind. Von der aktuell anstehenden Änderung der Insolvenzordnung wird die Statistik inhaltlich nicht berührt. Die Gesetzesänderung betrifft im Wesentlichen den Bereich der Verbraucherinsolvenzen, indem sie eine Änderung bzw. Klarstellung hinsichtlich der Gewährung von Prozesskostenhilfe vornimmt. Für die Statistik ist deshalb höchstens - denn vor allem von Wohlfahrtsverbänden werden die neuen Regelungen, die die Möglichkeit der Stundung der Prozesskosten vorsehen, als nicht ausreichend erachtet - von erhöhten Fallzahlen auszugehen.

## Baugewerbe-Statistiken

Reiner Haßler

# Die Entwicklung des Bauhauptgewerbes in den ersten 8 Monaten 2001

## Schwache Auftragsentwicklung nicht ohne Auswirkungen auf Umsatz und Beschäftigung

### Vorbemerkungen

Die monatliche Konjunkturberichterstattung in dem meist als **Bauhauptgewerbe** bezeichneten dominierenden Bausektor erstreckt sich auf Betriebe von Unternehmen, die mit ihrem Wirtschaftsschwerpunkt gemäß der Klassifikation der Wirtschaftszweige in dem Bereich "Vorbereitenden Baustellenarbeiten sowie Hoch- und Tiefbau" tätig sind. Obwohl nur die größeren Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten zum Monatsbericht auskunftspflichtig sind, werden statistische Ergebnisse für den gesamten Bereich des Bauhauptgewerbes (ohne Abschneidegrenze) dargestellt.

Dies wird ermöglicht mittels entsprechender Zuschätzung, die sich auf Hochrechnungsfaktoren stützt, die jährlich aus der zur Jahresmitte stattfindenden Totalerhebung gewonnen werden. Aus dieser Totalerhebung rekrutiert sich der Berichtsfirmenkreis, der zum Monatsbericht Oktober aktualisiert wird. Um einen Bruch gegenüber den Ergebnisreihen der vorangegangenen Monaten März bis September zu vermeiden, in denen zunächst vorläufige Werte erstellt wurden, wird eine Anpassung bzw. Umrechnung dieser Werte mit Hilfe der o.g. Faktoren zu Endergebnissen vorgenommen. Somit ist auch die Vergleichbarkeit mit den Folgemonaten des Berichtsjahres gewährleistet, in denen unmittelbar endgültige Werte des aktuellen Standes erstellt werden.

Die Hochrechnungsfaktoren beziehen sich dabei auf die Merkmale Beschäftigte, Löhne- und Gehälter, geleistete Arbeitsstunden und Umsätze. Auftragseingänge und -bestand dagegen werden nur für den Berichtskreis oberhalb der Abschneidegrenze ermittelt. Eine Aufschätzung für Kleinbetriebe entfällt.

Dem Berichtskreis der monatlichen Erhebungen im so genannten Bauhauptgewerbe des Saarlandes gehören zurzeit ca. 145 baugewerbliche Betriebe von Unternehmen des Bau-

hauptgewerbes mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen an.

In den übrigen Wirtschaftszweigen des Bausektors - auf die im Rahmen dieses Kurzbeitrags nicht näher eingegangen wird - sind Betriebe von Unternehmen des so genannten **Ausbaugewerbes**, d. h. der Bauinstallation und des sonstigen Baugewerbes, angesiedelt. Auch dort gilt die Abschneidegrenze von 20 und mehr Beschäftigten. Allerdings erfolgt für diesen Bereich die Ergebniserstellung nur vierteljährlich und nur für den befragten Berichtskreis ohne Aufschätzung für die kleineren Betriebe.

### Wirtschaftliche Entwicklung des Bauhauptgewerbes

Mit Umstellung der Systematik auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) im Jahr 1996 hat sich der Berichtskreis durch Neudefinition der abzubildenden Baubranchen verkleinert. So ist beispielsweise das nicht unerhebliche Stuckateurgewerbe zum so genannten Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe) gewechselt. Dieser Baubranche gehörten im Saarland zur Jahresmitte 1995 über 1.800 Beschäftigte in über 200 Betrieben an. Aber auch nach der Umstellung lässt sich ein fortwährender Beschäftigungsschwund im Bauhauptgewerbe nachweisen. Während im Jahr 1996 (nach der Korrektur aus der Hochrechnung) noch knapp 13.800 Personen in diesem Bereich einer Arbeit nachgingen, fanden im Jahr 2000 nur noch 11 700 dort eine Beschäftigung. Dies ist ein Rückgang von 14,6 %. Im gleichen Zeitraum reduzierten sich die geleisteten Arbeitsstunden von 15,8 Mio. Stunden auf 14,1 Mio. Stunden. Der baugewerbliche Umsatz pendelte bei jährlich ca. 2,2 Mrd. DM.

## Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau des Saarlandes 1996 bis 2000 Ergebnisse der monatlichen Bauberichterstattung<sup>\*)</sup>

### a) Beschäftigte <sup>\*\*)</sup>

Jahr	Insgesamt	Inhaber	Kaufmännische und technische Angestellte einschließlich Auszubildende	Facharbeiter einschließlich Meister und Poliere	Fachwerker und Werker	Gewerbliche Auszubildende
	Anzahl					
1996	13 722	386	2 449	6 726	3 370	791
1997	12 758	391	2 295	6 266	3 079	727
1998	12 189	402	2 222	5 965	2 927	674
1999	11 745	405	2 169	5 758	2 765	648
2000	11 716	407	2 214	5 873	2 594	628

### b) Geleistete Arbeitsstunden und Umsatz

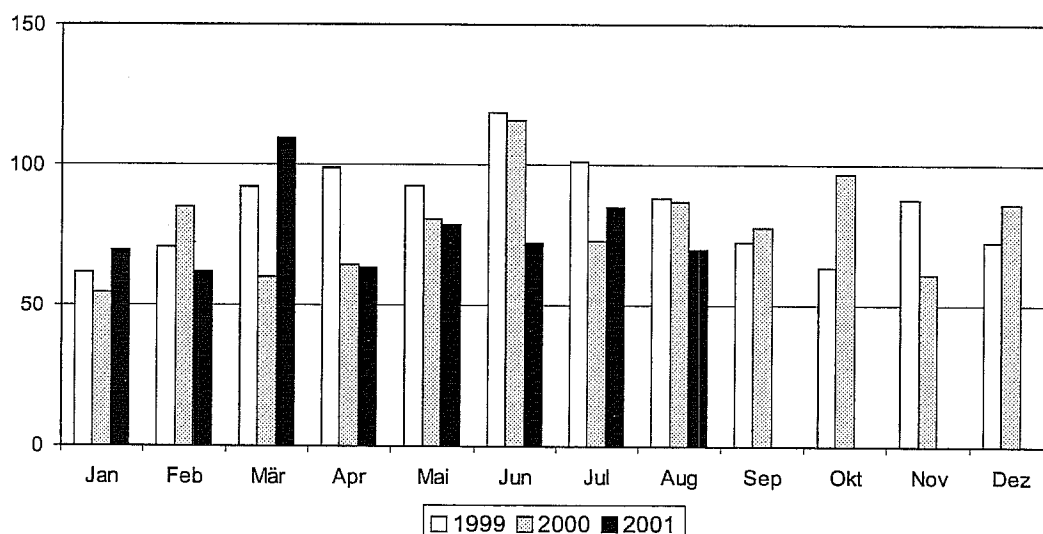
Jahr	Insgesamt	Davon				
		Wohnungsbau	gewerblicher und industrieller Bau <sup>1)</sup>	öffentlicher und Verkehrsbau		
				insgesamt	davon	
					Hochbau	Tiefbau
Geleistete Arbeitsstunden (1 000 Std.)						
1996	15 776	5 225	4 414	6 137	1 012	5 125
1997	15 058	5 021	4 321	5 715	1 025	4 690
1998	14 266	4 817	4 253	5 191	877	4 314
1999	14 085	4 671	4 193	5 216	791	4 425
2000	14 080	4 880	4 035	5 165	818	4 347
Baugewerblicher Umsatz (1 000 DM)						
1996	2 237 774	645 898	650 788	941 088	223 657	717 431
1997	2 169 253	561 328	685 612	922 312	242 980	679 332
1998	2 149 291	548 927	623 629	976 736	248 926	727 810
1999	2 231 826	596 916	679 029	955 881	200 245	755 636
2000	2 138 032	551 162	645 969	940 901	208 934	731 967

<sup>\*)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, hochgeschätzt auf alle Betriebe. <sup>\*\*)</sup> Jahreszahlen im Monatsdurchschnitt. 1) Einschließlich landwirtschaftlicher Bau.

In den Monaten Januar bis August 2001 zeigte sich bei der **Auftragslage** im Bauhauptgewerbe eine negative Entwicklung. Das Auftragsvolumen belief sich im Betrachtungszeit-

raum auf insgesamt 950,7 Mio. DM. Dies waren 1,6 % weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. In den ersten sieben Monaten ließ sich noch ein Plus von 1,2 % ausweisen.

**Auftragseingangsindex im Baugewerbe**  
- Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau -  
1995 = 100



**Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau des Saarlandes**  
**Auftragseingang<sup>\*)</sup> in 1 000 DM**  
**- Ergebnisse für Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten -**

Merkmal	August 2000	August 2001	Juli 2001	Januar bis August		Veränderungen in %		
						August 2001	August 2001	Jan. bis Aug. 2001
				2001	2000	gegenüber		
						Juli 2001	August 2000	Jan. bis Aug. 2000
<b>Hochbau</b>								
Wohnungsbau (unabhängig vom Auftraggeber)	29 972	11 520	9 082	150 613	142 552	+ 26,8	- 61,6	+ 5,7
Gewerblicher und industrieller Hochbau <sup>1)</sup>	20 536	42 725	19 288	261 529	253 608	+ 121,5	+ 108,0	+ 3,1
Hochbauten für Bahn und Post (Deutsche Bahn AG, Post AG, Telekom AG, Postbank AG)	0	131	10	654	192	x	x	x
Hochbauten für Organisationen ohne Erwerbszweck (Kirchen, Vereine, Verbände, Gewerkschaften, Parteien, DRK u.a.)	859	1 113	990	8 660	22 732	+ 12,4	+ 29,6	- 61,9
Hochbauten für Körperschaften des öffentlichen Rechts (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungen und sonstige öffentliche Auftraggeber)	7 119	4 493	34 870	74 830	75 655	- 87,1	- 36,9	- 1,1
<b>Tiefbau</b>								
Gewerblicher und industrieller Tiefbau - ohne Straßenbau -	9 836	10 874	11 437	80 118	89 946	- 4,9	+ 10,6	- 10,9
Tiefbauten für Bahn und Post - ohne Straßenbau (Deutsche Bahn AG, Post AG, Telekom AG, Postbank AG)	402	2 296	643	14 168	16 410	+ 257,1	+ 471,1	- 13,7
Straßenbau (unabhängig vom Auftraggeber)	41 057	13 876	24 193	133 805	175 582	- 42,6	- 66,2	- 23,8
Sonstiger Tiefbau - ohne Straßenbau - für Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie für Organisationen ohne Erwerbszweck	25 293	21 873	31 660	226 347	189 901	- 30,9	- 13,5	+ 19,2
<b>Gesamter Hochbau<sup>1)</sup></b>	<b>58 486</b>	<b>59 982</b>	<b>64 240</b>	<b>496 286</b>	<b>494 739</b>	<b>- 6,6</b>	<b>+ 2,6</b>	<b>+ 0,3</b>
<b>Gesamter Tiefbau</b>	<b>76 588</b>	<b>48 919</b>	<b>67 933</b>	<b>454 438</b>	<b>471 839</b>	<b>- 28,0</b>	<b>- 36,1</b>	<b>- 3,7</b>
<b>AUFTRAGSEINGANG INSGESAMT</b>	<b>135 074</b>	<b>108 901</b>	<b>132 173</b>	<b>950 724</b>	<b>966 578</b>	<b>- 17,6</b>	<b>- 19,4</b>	<b>- 1,6</b>
davon: aus dem Saarland	100 155	100 548	97 099	766 184	704 107	+ 3,6	+ 0,4	+ 8,8
aus anderen Bundesländern	34 919	8 353	35 074	184 540	262 471	- 76,2	- 76,1	- 29,7

\*) Ohne Umsatzsteuer. 1) Einschließlich landwirtschaftlicher Bau.

Die Aufträge im Hochbau mit einem Volumen von insgesamt 496,3 Mio. DM konnten aufgrund der relativ positiven Entwicklung im Wohnungsbau sowie im gewerblichen und industriellen Hochbau auf Vergleichsniveau gehalten werden (plus 0,3 %). Im Wohnungsbau kumulierten sich die Aufträge, insbesondere durch einen Großauftrag im Frühjahr, in den ersten acht Berichtsmonaten auf 150,6 Mio. DM, was gegenüber den Vergleichswerten einem Plus von 5,7 % entspricht. Auch die Auftragsvergabe an den gewerblichen und industriellen Hochbau stieg um 3,1 % auf 261,5 Mio. DM an. Dies ließ sich auf größere Aufträge in den letzten Monaten zurückführen. Im Hochbaubereich reduzierte die öffentliche Hand ihre geplanten Ausgaben um 1,1 % auf 74,8 Mio. DM.

Die Auftragseingänge im Tiefbau erreichten dagegen mit 454,4 Mio. DM die Vergleichswerte des Vorjahres nicht (minus 3,7 %). Während im sonstigen Tiefbau ein Auftragsplus von 19,2 % auf 226,3 Mio. DM verbucht wurde, mussten die übrigen Bereiche z.T. erhebliche Einbußen hinnehmen. Für den Straßenbau wurden 133,8 Mio. DM in Ansatz gebracht, was einem Rückgang von 23,8 % entspricht. Aber auch im gewerblichen und industriellen Tiefbau ging das Engagement zurück.

Mit 80,1 Mio. DM lagen die entgegen genommenen Aufträge um 10,9 % unter den Werten des Vergleichszeitraums.

Die erteilten Aufträge aus dem Saarland beliefen sich auf 766,2 Mio. DM und lagen damit um 8,8 % über den Vergleichswerten. Dagegen blieben die aus den übrigen Bundesländern mit 184,5 Mio. DM um 29,7 % hinter den Vergleichszahlen zurück.

Als **baugewerblicher Umsatz** wurde nach vorläufigen Ergebnissen in den ersten acht Monaten 1,2 Mrd. DM abgerechnet und damit 8,3 % weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Das im Hochbau mit 700,4 Mio. DM erwirtschaftete Umsatzergebnis verschlechterte sich deutlich um 11,5 %. Dies ist nicht zuletzt auf den schwachen gewerblichen und industriellen Hochbau, der mit 270,6 Mio. DM 9,6 % weniger umsetzte sowie auf den öffentlichen Hochbau mit 69,1 Mio. DM zurückzuführen (minus 32,0 %). Im Wohnungsbau wurde das Vergleichsergebnis mit 341,5 Mio. DM um 1,9 % verfehlt.

Der Tiefbaubereich meldete mit 524,7 Mio. DM Umsatz Einbußen in Höhe von 3,6 %. Ein noch schwächeres Ergebnis wurde vor allem durch die relativ gute Umsatzentwicklung beim Straßenbau verhindert. Bei einem Umsatz von 185,9 Mio. DM konnte das Vergleichsergebnis des Vorjahres um 15,4 % übertroffen werden.

## Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau des Saarlandes Umsatz<sup>\*)</sup> in 1 000 DM

- Hochgerechnete Ergebnisse für alle Betriebe -

Merkmal	August 2000	August 2001	Juli 2001	Januar bis August		Veränderungen in %		
						August 2001	August 2001	Jan. bis Aug. 2001
				2001	2000	gegenüber		
						Juli 2001	August 2000	Jan. bis Aug. 2000
<b>Baugewerblicher Umsatz</b>								
<b>Hochbau</b>								
Wohnungsbau (unabhängig vom Auftraggeber)	45 805	56 829	55 182	341 535	348 216	+ 3,0	+ 24,1	- 1,9
Gewerblicher und industrieller Hochbau <sup>1)</sup>	36 416	35 262	37 404	270 647	299 293	- 5,7	- 3,2	- 9,6
Hochbauten für Bahn und Post (Deutsche Bahn AG, Post AG, Telekom AG, Postbank AG)	1 003	4	15	3 048	18 292	- 73,3	- 99,6	- 83,3
Hochbauten für Organisationen ohne Erwerbszweck (Kirchen, Vereine, Verbände, Gewerkschaften, Parteien, DRK u.a.)	4 509	1 538	2 984	16 126	24 434	- 48,5	- 65,9	- 34,0
Hochbauten für Körperschaften des öffentlichen Rechts (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungen und sonstige öffentliche Auftraggeber)	22 326	8 750	8 425	69 091	101 582	+ 3,9	- 60,8	- 32,0
<b>Tiefbau</b>								
Gewerblicher und industrieller Tiefbau - ohne Straßenbau -	16 520	13 967	15 113	104 397	107 709	- 7,6	- 15,5	- 3,1
Tiefbauten für Bahn und Post - ohne Straßenbau (Deutsche Bahn AG, Post AG, Telekom AG, Postbank AG)	2 541	4 771	2 994	21 340	23 001	+ 59,4	+ 87,8	- 7,2
Straßenbau (unabhängig vom Auftraggeber)	26 975	28 944	30 573	185 903	161 159	- 5,3	+ 7,3	+ 15,4
Sonstiger Tiefbau - ohne Straßenbau - für Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie für Organisationen ohne Erwerbszweck	41 149	31 938	34 175	213 073	252 400	- 6,5	- 22,4	- 15,6
<b>Gesamter Hochbau<sup>1)</sup></b>	<b>110 059</b>	<b>102 383</b>	<b>104 010</b>	<b>700 447</b>	<b>791 817</b>	<b>- 1,6</b>	<b>- 7,0</b>	<b>- 11,5</b>
<b>Gesamter Tiefbau</b>	<b>87 185</b>	<b>79 620</b>	<b>82 655</b>	<b>524 713</b>	<b>544 269</b>	<b>- 3,9</b>	<b>- 8,7</b>	<b>- 3,6</b>
<b>Baugewerblicher Umsatz insgesamt</b>	<b>197 244</b>	<b>182 003</b>	<b>186 665</b>	<b>1225 160</b>	<b>1336 086</b>	<b>- 2,6</b>	<b>- 7,7</b>	<b>- 8,3</b>
<b>Sonstiger Umsatz insgesamt</b>	<b>4 747</b>	<b>5 497</b>	<b>5 625</b>	<b>37 172</b>	<b>36 424</b>	<b>- 2,3</b>	<b>+ 15,8</b>	<b>+ 2,1</b>
<b>GESAMTUMSATZ</b>	<b>201 991</b>	<b>187 500</b>	<b>192 490</b>	<b>1262 332</b>	<b>1372 509</b>	<b>- 2,6</b>	<b>- 7,2</b>	<b>- 8,0</b>

\*) Ohne Umsatzsteuer. 1) Einschließlich landwirtschaftlicher Bau.

Der Beschäftigtenabbau setzte sich im Bauhauptgewerbe weiter fort. Mit durchschnittlich 11.473 Personen lag der **Beschäftigtenstand** nochmals um 1,6 % unter den Vergleichszahlen des Vorjahres. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden

reduzierte sich im gleichen Zeitraum um 4,9 % auf 8,9 Mio. In Anbetracht der vorliegenden schwachen Auftragseingänge wird der Beschäftigtenstand seinen Tiefstand noch nicht erreicht haben.

## Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau des Saarlandes Anzahl der Beschäftigten

- Hochgerechnete Ergebnisse für alle Betriebe -

Beschäftigte	August 2000	August 2001	Juli 2001	Januar bis August		Veränderungen in %		
						August 2001	August 2001	Jan. bis Aug. 2001
				2001	2000	gegenüber		
						Juli 2001	August 2000	Jan. bis Aug. 2000
<b>Tätige Inhaber, tätige Mitinhaber und unbezahlt mithelfende Familienangehörige</b>	<b>392</b>	<b>539</b>	<b>539</b>	<b>489</b>	<b>403</b>	<b>± 0</b>	<b>+ 37,5</b>	<b>+ 21,1</b>
<b>Kaufmännische und technische Angestellte<sup>1)</sup> einschließlich kaufmännische und technische Auszubildende</b>	<b>2 201</b>	<b>2 205</b>	<b>2 208</b>	<b>2 228</b>	<b>2 200</b>	<b>- 0,1</b>	<b>+ 0,2</b>	<b>+ 1,3</b>
<b>Facharbeiter (Tarifgruppen I, II, III a-c)<sup>1)</sup></b>	<b>5 870</b>	<b>5 714</b>	<b>5 760</b>	<b>5 743</b>	<b>5 825</b>	<b>- 0,8</b>	<b>- 2,7</b>	<b>- 1,4</b>
<b>Fachwerker, Werker und sonstige Beschäftigte (Tbgr. IV-V)</b>	<b>2 651</b>	<b>2 421</b>	<b>2 413</b>	<b>2 403</b>	<b>2 630</b>	<b>+ 0,3</b>	<b>- 8,7</b>	<b>- 8,6</b>
<b>Gewerblich Auszubildende, Umschüler, Anlernlinge und Praktikanten</b>	<b>677</b>	<b>626</b>	<b>554</b>	<b>610</b>	<b>603</b>	<b>+ 13,0</b>	<b>- 7,5</b>	<b>+ 1,2</b>
<b>Beschäftigte insgesamt</b>	<b>11 791</b>	<b>11 505</b>	<b>11 474</b>	<b>11 473</b>	<b>11 661</b>	<b>+ 0,3</b>	<b>- 2,4</b>	<b>- 1,6</b>
<b>darunter: ausländische Arbeitnehmer (ohne Grenzgänger)</b>	<b>790</b>	<b>814</b>	<b>793</b>	<b>759</b>	<b>783</b>	<b>+ 2,6</b>	<b>+ 3,0</b>	<b>- 3,1</b>

1) Die angestelltenversicherungspflichtigen Poliere, Schachtmeister und Meister sind den Facharbeitern zugeordnet.



# Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR)

Karl Schneider

## Erste Ergebnisse der Einkommensverwendungs- und -verteilungsrechnung nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995)

### Vorbemerkung

Die "Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft" (ESVG-Verordnung) verpflichtete die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), für die Berechnung regionaler VGR-Daten für EU-Zwecke ab dem

Daraus ergibt sich auf Länderebene erstmals ein Gesamtbild aller verfügbaren Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ab 1991 nach der neuen Methodik für die Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts sowie für die Einkommensbildung, -verteilung und -verwendung.

Nachdem die revidierten Werte des Bruttoinlandsprodukts bereits in einer früheren Ausgabe dieser Zeitschrift vorgestellt

### 1. Bruttoinlandsprodukt und seine Verwendung<sup>1)</sup> im Saarland 1991 bis 2000 in Preisen von 1995

Merkmal	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	<b>Mrd. DM</b>									
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>44,3</b>	<b>44,1</b>	<b>42,1</b>	<b>43,2</b>	<b>44,4</b>	<b>43,5</b>	<b>44,1</b>	<b>44,9</b>	<b>45,7</b>	<b>46,6</b>
darunter:										
private Konsumausgaben	24,0	24,8	25,1	25,4	25,8	26,3	26,3	26,8	27,7	.
Konsumausgaben des Staates	8,6	8,8	8,7	8,9	9,0	9,1	9,1	9,1	.	.
Bruttoanlageinvestitionen	9,2	9,0	7,9	8,6	9,1	9,1	9,4	11,0	.	.
	<b>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</b>									
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>.</b>	<b>- 0,4</b>	<b>- 4,5</b>	<b>2,6</b>	<b>2,8</b>	<b>- 2,1</b>	<b>1,3</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>	<b>2,1</b>
darunter:										
private Konsumausgaben	.	3,5	0,9	1,2	1,7	1,9	0,1	2,1	3,1	.
Konsumausgaben des Staates	.	2,7	- 1,4	1,5	1,1	1,9	- 0,8	0,2	.	.
Bruttoanlageinvestitionen	.	- 1,7	- 12,9	8,7	6,6	- 0,3	2,9	17,6	.	.
	<b>Bruttoinlandsprodukt = 100</b>									
Private Konsumausgaben	54,1	56,3	59,5	58,7	58,0	60,3	59,6	59,8	60,6	.
Konsumausgaben des Staates	19,4	20,0	20,7	20,5	20,1	21,0	20,5	20,2	.	.
Bruttoanlageinvestitionen	20,8	20,5	18,7	19,8	20,5	20,9	21,2	24,5	.	.

<sup>\*)</sup> Die Differenz aus Bruttoinlandsprodukt und den regional ermittelbaren Teilen der Verwendungsrechnung (Konsumausgaben und Bruttoanlageinvestitionen) ergibt einen Restposten, der den Außenbeitrag sowie die Vorratsveränderung und den Nettozugang an Wertsachen einschließt.

Jahr 2000 die Methodik des "ESVG 1995" anzuwenden. Damit wurde das bis dahin in Deutschland praktizierte nationale System abgelöst. In der ersten Phase legte der Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" im Sommer 2000 die revidierten Ergebnisse der Bundesländer zum Bruttoinlandsprodukt bzw. zur Bruttowertschöpfung sowie zum Arbeitnehmerentgelt, jeweils für die Jahre 1991 bis 1999, vor<sup>1)</sup>. Inzwischen wurden diese Länderdaten aufgrund aktueller Fachstatistiken überarbeitet und um Verwendungsaggregate des Bruttoinlandsprodukts sowie zentrale Einkommensaggregate der privaten Haushalte ergänzt.

worden sind<sup>2)</sup>, beschäftigt sich der vorliegende Beitrag nun mit den Ergebnissen, die aus der Verwendung, der Verteilung und der Umverteilung der Einkommen resultieren.

### Die Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

Nach dem gegenwärtigen Stand der Berechnungen erzielte die saarländische Wirtschaft in den neunziger Jahren ein jährliches Bruttoinlandsprodukt in einer Größenordnung von 42 bis 46 Milliarden DM, gemessen in realen Werten des Basisjahres 1995. Der größte Teil davon, bis zu 60 %, wurde für Konsumausgaben der privaten Haushalte (einschließlich der pri-

1) Siehe Schneider, K.: Revision der Länderergebnisse 1991 bis 1999 nach ESGV 1995. In: Statistik-Journal, Statistisches Monatsheft Saarland, Ausg. 10/2000, S. 15 - 22.  
2) A.a.O.

vaten Organisationen ohne Erwerbszweck) verwendet. Außer dem neuen Begriff hat sich damit im ESVG 1995 gegenüber dem Privaten Verbrauch in der früheren Terminologie inhaltlich nichts Wesentliches geändert. Die **privaten Konsumausgaben** umfassen den Wert der Waren und Dienstleistungen, die die privaten Haushalte zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse erwerben, sowie die selbst produzierten und verwendeten Erzeugnisse und Leistungen, Dienstleistungen von Hausangestellten, die Eigennutzung von Wohnungen sowie Naturalentgelte von Arbeitnehmern.

Wie Tabelle 1 zeigt, entwickelte sich die private Konsumnachfrage (in konstanten Preisen von 1995) in den neunziger Jahren zwar recht unterschiedlich, jedoch stets positiv - im Gegensatz zum Bruttoinlandsprodukt, das 1992, 1993 und 1996 rückläufig war. Im Jahr 1999 erreichte sie mit einer Steigerungsrate von 3,1 % den bis dahin höchsten Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 60,6 % und übertraf damit den Bundesdurchschnitt von 57,1 %.

Die **Konsumausgaben des Staates** - früher Staatsverbrauch genannt - bezeichnen den Wert der Staatsleistungen und die Ausgaben für soziale Sachleistungen an die privaten Haushalte. Aufgrund der relativ konstanten Staatstätigkeit unterliegen sie im Zeitablauf nur geringen Schwankungen. Sie bewegen sich jährlich um neun Milliarden DM und machen rund 20 % des saarländischen Bruttoinlandsprodukts aus. Die bundesweite Staatsquote kam 1998 auf 19,3 % des Bruttoinlandsprodukts.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** umfassen alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel wie Maschinen, Geräte, Bauten, Nutztiere und Nutzpflanzungen sowie - im Gegensatz zur bisherigen Abgrenzung - jetzt auch immaterielle Anlagen wie beispielsweise Computersoftware und Urheberrechte, ferner alle militärisch genutzten, aber auch zivil einsetzbaren An-

lagen und Bauten wie Bürogebäude, Krankenhäuser und Verkehrsanlagen. Die investiven Ausgaben erreichen mit jahresdurchschnittlich neun Milliarden DM ähnliche Größenordnungen wie der staatliche Konsum, sind jedoch wegen der konjunkturellen Abhängigkeit im längerfristigen Vergleich einer stärkeren Schwankungsbreite unterworfen, wie die Tabelle deutlich zeigt. Die bislang höchste Investitionsquote ergab sich im Saarland 1998 mit 24,5 %, während der vergleichbare Bundeswert bei 22,1 % lag.

Summiert man die Aggregate der inländischen Verwendung - also Konsum- und Investitionsausgaben insgesamt -, so verbleibt üblicherweise eine Differenz zum Bruttoinlandsprodukt, die als **Restposten** bezeichnet wird. Darin stecken mehrere statistisch und regional nicht zuzuordnende Größen wie z. B. die Ausgaben von Einheimischen außerhalb der Region und umgekehrt, die regional unterschiedliche Entstehung und Verwendung von Staatsleistungen des Bundes, der Saldo der Vorratsveränderungen sowie der Außenbeitrag als Saldo der regionalen Exporte und Importe, für den die Handelsverflechtung zwischen den Bundesländern nicht ermittelt werden kann. Im Saarland war dieser Restposten bis 1995 positiv, d. h. die Summe der aus der übrigen Welt zugeflossenen Leistungen dieser Art war größer als der Wert der aus dem Saarland abfließenden Leistungen. Seit 1996 ist die inländische Verwendung größer als das Bruttoinlandsprodukt.

## Einkommen der privaten Haushalte

Ausgehend von der Bruttowertschöpfung, die in der Entstehungsrechnung ermittelt wird, gelangt man nach Abzug der gesamtwirtschaftlichen Abschreibungen zur Nettowertschöpfung. Subtrahiert man hiervon das geleistete Arbeitnehmerentgelt sowie den Saldo aus den Sonstigen Produktionsabga-

### 2. Einkommen der privaten Haushalte\*) im Saarland

Merkmal	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
<b>Mrd. DM</b>									
<b>Primäreinkommen</b>	<b>27,6</b>	<b>29,2</b>	<b>29,6</b>	<b>30,7</b>	<b>31,8</b>	<b>32,4</b>	<b>33,0</b>	<b>34,2</b>	<b>35,4</b>
Einkommen- und Vermögensteuern, Sozialbeiträge, monetäre Sozialleistungen und sonstige Transfers (saldiert)	- 3,4	- 3,6	- 3,2	- 3,4	- 3,7	- 3,5	- 3,6	- 3,8	- 4,0
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>24,2</b>	<b>25,6</b>	<b>26,4</b>	<b>27,2</b>	<b>28,0</b>	<b>28,9</b>	<b>29,4</b>	<b>30,4</b>	<b>31,4</b>
<b>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</b>									
<b>Primäreinkommen</b>	<b>.</b>	<b>5,5</b>	<b>1,6</b>	<b>3,5</b>	<b>3,6</b>	<b>2,0</b>	<b>2,0</b>	<b>3,6</b>	<b>3,4</b>
Einkommen- und Vermögensteuern, Sozialbeiträge, monetäre Sozialleistungen und sonstige Transfers (saldiert)	.	3,5	- 11,0	8,4	8,2	- 5,7	2,9	6,3	3,6
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>.</b>	<b>5,8</b>	<b>3,3</b>	<b>2,9</b>	<b>3,1</b>	<b>3,0</b>	<b>1,9</b>	<b>3,3</b>	<b>3,4</b>
<b>Primäreinkommen = 100</b>									
Einkommen- und Vermögensteuern, Sozialbeiträge, monetäre Sozialleistungen und sonstige Transfers (saldiert)	12,5	12,2	10,7	11,2	11,7	10,8	10,9	11,2	11,2
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>87,5</b>	<b>87,8</b>	<b>89,3</b>	<b>88,8</b>	<b>88,3</b>	<b>89,2</b>	<b>89,1</b>	<b>88,8</b>	<b>88,8</b>

\*) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

ben und den Sonstigen Subventionen, so ergibt sich als kalkulatorische Größe das Aggregat "Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen", früher als "Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" bezeichnet. Es dient als Schnittstelle zur primären Einkommensverteilung an die privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck). Hinzu kommen das empfangene Arbeitnehmerentgelt (bisher: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit) sowie der Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen, die aus einer Vielzahl unterschiedlicher Anlage- und Kreditformen resultieren. Damit erhält man das den privaten Haushalten aufgrund wirtschaftlicher Tätigkeit und Vermögenshaltung zugeflossene **Primäreinkommen**.

Das Primäreinkommen der privaten Haushalte ist im Saarland von 27,6 Milliarden DM im Jahr 1991 bis zu 35,4 Milliarden DM im Jahr 1999 mit unterschiedlichen Zuwachsraten durchweg angestiegen. Nach Verrechnung mit dem Saldo aus empfangenen Sozialleistungen (Renten, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe) und Transferzahlungen sowie der an den Staat abgeführten Sozialbeiträge und Steuern auf Einkommen und Vermögen ergibt sich das **verfügbare Einkommen**, das den privaten Haushalten für Konsum- und Sparzwecke verbleibt. Der Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen schwankte in den neunziger Jahren im Saarland nur leicht zwischen 87,5 % und 89,3 %.

### Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Wie in Tabelle 2 dargestellt, hat sich das den Haushalten zur Verfügung stehende Einkommen trotz aller konjunkturellen Schwankungen von Jahr zu Jahr erhöht. Da es als Maßstab des monetären Wohlstands dem privaten Konsum und Sparen dient, soll nun der Blick auf den Pro-Kopf-Betrag dieser Einkommensgröße gerichtet werden.

ländern, so dass sich der Abstand zum gesamtdeutschen Pro-Kopf-Einkommen bis 1999 deutlich verringert hat. Lediglich die neuen Bundesländer kamen, von niedrigem Niveau ausgehend, mit Steigerungsraten um die 70 % auf wesentlich stärkere Einkommensverbesserungen. Tabelle 4 zeigt, dass der Osten Deutschlands dennoch weiterhin spürbar geringere Einkünfte bezieht als die westlichen Länder. Im Jahr 1999 konnte demnach ein westdeutscher Bewohner im Durchschnitt über 5 000 DM mehr ausgeben oder sparen als sein ostdeutscher Mitbürger.

### 4. Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte\*) 1999 nach Bundesländern

Land	Verfügbares Einkommen je Einwohner		
	absolut	1991 = 100	Deutschland = 100
	DM	%	
Baden-Württemberg	32 312	119	107
Bayern	31 285	122	104
Berlin	27 757	119	92
Brandenburg	25 855	167	86
Bremen	33 978	111	113
Hamburg	32 131	111	107
Hessen	30 070	120	100
Mecklenburg-Vorpommern	24 682	175	82
Niedersachsen	29 686	122	99
Nordrhein-Westfalen	31 960	120	106
Rheinland-Pfalz	29 353	121	98
<b>Saarland</b>	<b>29 295</b>	<b>130</b>	<b>97</b>
Sachsen	25 883	176	86
Sachsen-Anhalt	25 149	176	84
Schleswig-Holstein	30 119	118	100
Thüringen	25 709	174	85
<b>Deutschland</b>	<b>30 078</b>	<b>127</b>	<b>100</b>

\*) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

### 3. Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte\*) je Einwohner 1991 bis 1999

Land	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
<b>DM</b>									
<b>Saarland</b>	22 507	23 703	24 386	25 113	25 880	26 653	27 172	28 215	29 295
<b>Deutschland</b>	23 738	25 205	25 972	26 578	27 364	27 983	28 531	29 327	30 078
<b>1991 = 100</b>									
<b>Saarland</b>	100	105	108	112	115	118	121	125	130
<b>Deutschland</b>	100	106	109	112	115	118	120	124	127

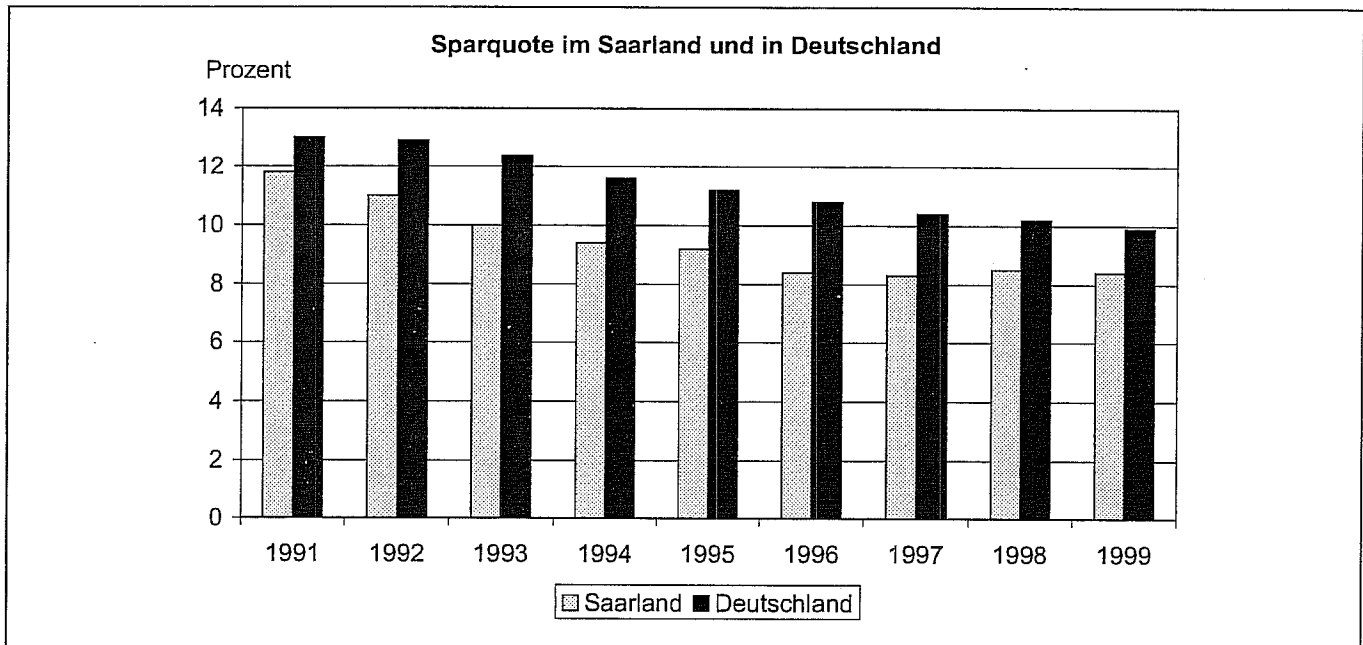
\*) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Im Durchschnitt verfügte jeder saarländische Bürger über einen Einkommensbetrag, der von 22 507 DM im Jahr 1991 auf 29 295 DM im Jahr 1999 anstieg. Damit schnitt das Saarland im Bundesvergleich zwar stets etwas ungünstiger ab; über die gesamten neunziger Jahre betrachtet, erzielte es jedoch mit 30 % den höchsten Zuwachs unter allen westlichen Bundes-

Nach Abzug der Konsumausgaben vom verfügbaren Einkommen verbleibt das Sparen als Ergebnis der Einkommensverwendung. Bei den privaten Haushalten ist hier aber noch die Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche zu berücksichtigen. Nach dieser Definition sparten die saarländischen Haushalte jährliche Beträge in einer Größenordnung zwischen

rund 2,5 und 2,9 Milliarden DM. Die daraus resultierende Sparquote erreichte 11,8 % im Jahr 1991 und verringerte sich kontinuierlich bis auf 8,4 % im Jahr 1999. Auch bundesweit ging die Sparquote in den neunziger Jahren ständig zurück, blieb aber stets über dem saarländischen Landeswert. Diese Beobach-

tung lässt darauf schließen, dass die privaten Haushalte hierzulande - bei einem unterdurchschnittlichen Einkommensniveau, wie oben gezeigt - einen entsprechend höheren Anteil für Konsumzwecke ausgeben, um einen bundesweiten Lebensstandard anzustreben.



---

## Buchbesprechung

Johannes Barth

### **Statistik: der Weg zur Datenanalyse**

L. Fahrmeir, R. Künstler, I. Pigeot, G. Tutz, Universität München

- 3., verbesserte Auflage - 2001

ISBN 3-540-67826-3

**D**as Buch bietet eine integrierte Einführung sowohl in die deskriptive Statistik und in moderne Methoden der explorativen Datenanalyse als auch in die induktive Statistik, einschließlich der Regressions- und Varianzanalyse sowie der Analyse von Zeitreihen. Beschrieben werden ebenfalls die Grundlagen der Stochastik, die die Basis der induktiven Statistik bilden.

Die Darstellung ist auf inhaltliche Motivation, Interpretation und Verständnis der Methoden ausgerichtet, und nicht so sehr darauf, die Methoden in mathematischer Ausführlichkeit zu diskutieren. Zahlreiche Beispiele mit realen Daten und Grafiken veranschaulichen den Text. Texthervorhebungen zentraler Aspekte und Stichwörter am Rand erhöhen die Lesbarkeit und Übersichtlichkeit.

Am Ende eines jeden Kapitels werden die wichtigsten Aussagen des jeweiligen Kapitels noch einmal zusammengefasst und Hinweise auf weiterführende Literatur gegeben. Abschließend dienen einige Aufgaben zur Vertiefung des jeweiligen Stoffes. Die Lösungen zu den gestellten Aufgaben enthält ein eigenes Arbeitsbuch, welches das Lehrbuch ergänzt. Darüber hinaus bietet das Arbeitsbuch eine Reihe weiterer Aufgaben inklusive Lösungen und Computerübungen mit realen Daten.

Das Buch eignet sich als vorlesungsbegleitender Text, aber auch zum Selbststudium für Studenten aus den Bereichen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und anderen Anwendungsdisziplinen der Statistik.

---

## Buchbesprechung

Johannes Barth

# Mathematik: Grundlagen für Wirtschaftswissenschaftler

Klaus D. Schmidt, Technische Universität Dresden

- 2., überarbeitete Auflage - 2000

ISBN 3-540-66521-8

**M**athematische Modelle und Methoden sind in weiten Teilen der Wirtschaftswissenschaften unverzichtbar; dabei dient die Mathematik einerseits als Sprache zur Modellierung komplexer wirtschaftlicher Zusammenhänge, andererseits als Werkzeug zur Analyse wirtschaftswissenschaftlicher Modelle. Ein Grund für die zunehmende Bedeutung der Mathematik ist darin zu sehen, dass die mathematische Beschreibung wirtschaftlicher Zusammenhänge genaue Rechenschaft darüber erzwingt, welche Objekte, welche Eigenschaften der Objekte und welche Beziehungen zwischen ihnen als gegeben anzunehmen sind, da sich wirtschaftliche Zusammenhänge allenfalls in den einfachsten Fällen allein mit Worten exakt beschreiben lassen.

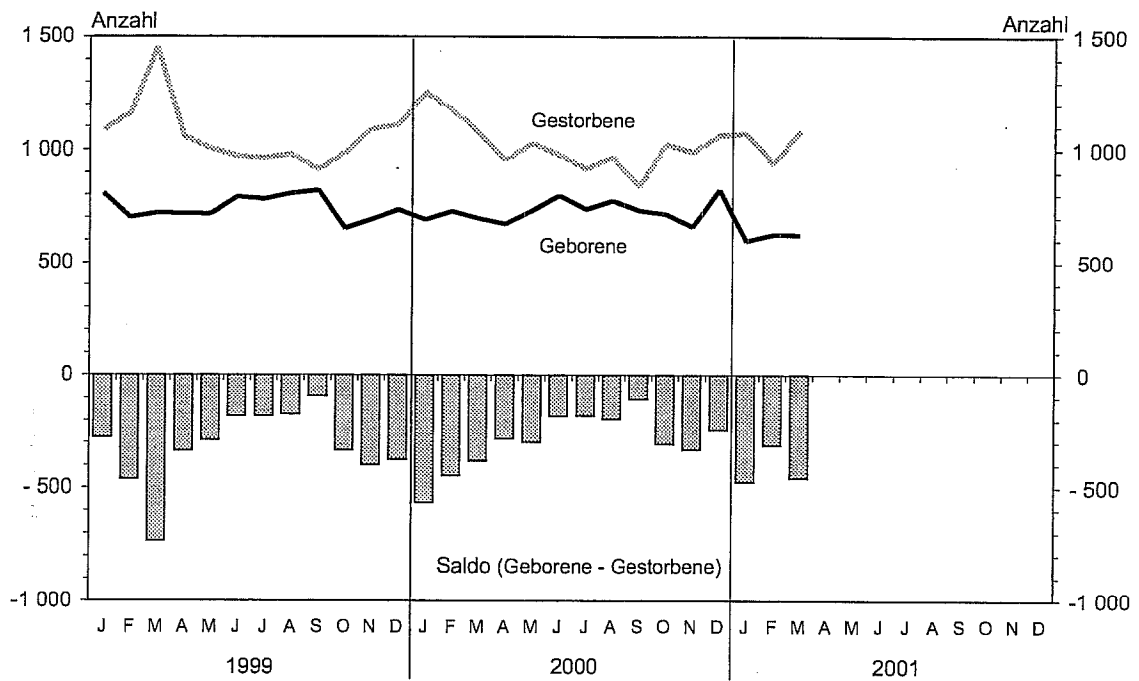
Dieses Buch, das aus Mathematik-Vorlesungen für Wirtschaftswissenschaftler entstanden ist, beinhaltet die für Wirtschaftswissenschaftler wichtigsten Aspekte der Mathematik.

Es behandelt neben den Grundbegriffen die wesentlichen Themen der Linearen Algebra und der Analysis. Schwerpunkte sind lineare Gleichungssysteme, lineare Differenzen- und Differentialgleichungen sowie lineare und nichtlineare Optimierungsprobleme unter Nebenbedingungen. Die dargestellten Konzepte werden anhand zahlreicher Beispiele verdeutlicht.

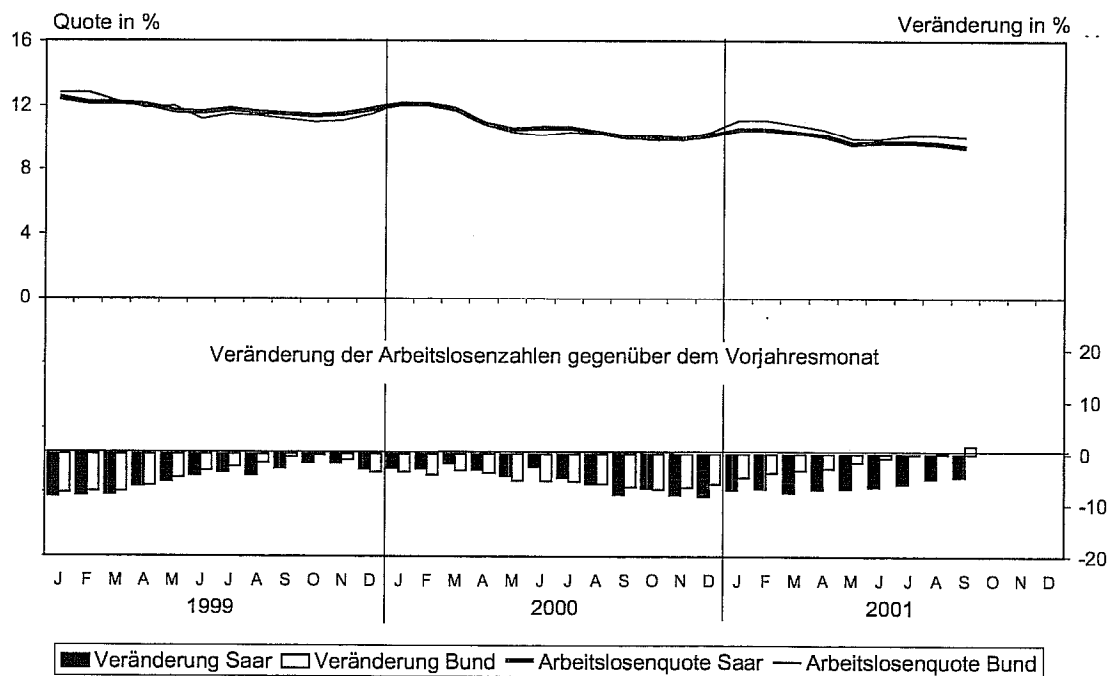
Das Buch kann dem Leser durch die Strenge der Notation, die sich beispielsweise in der strikten Unterscheidung zwischen Funktion und ihren Werten ausdrückt, den Zugang zu mathematischen Büchern, die spezielle Themen vertiefen, erleichtern.

Das Buch eignet sich als vorlesungsbegleitender Text, aber auch zum Selbststudium für Studenten aus den Bereichen der Wirtschaftswissenschaften.

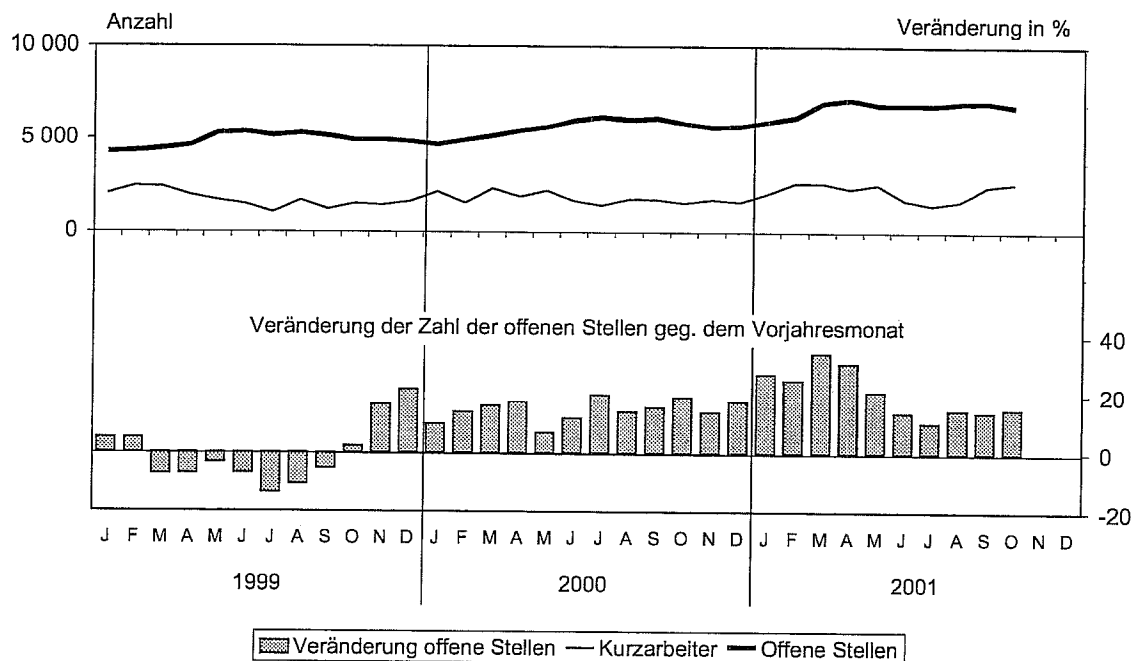
## NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG IM SAARLAND



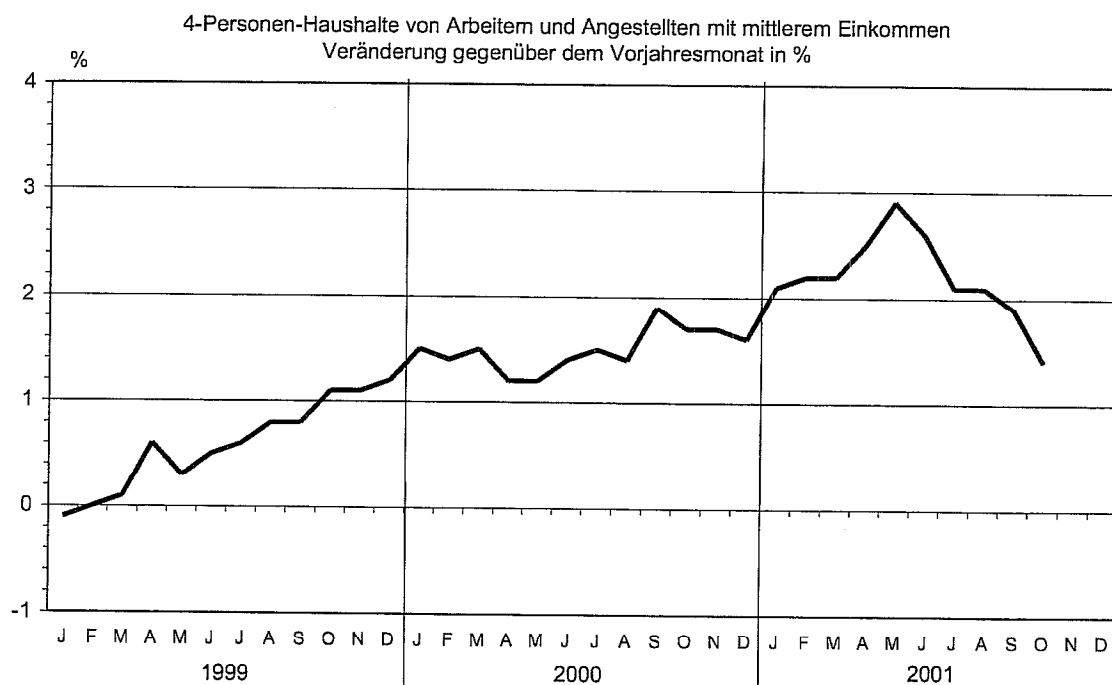
## ARBEITSLOSE



# KURZARBEITER UND OFFENE STELLEN IM SAARLAND

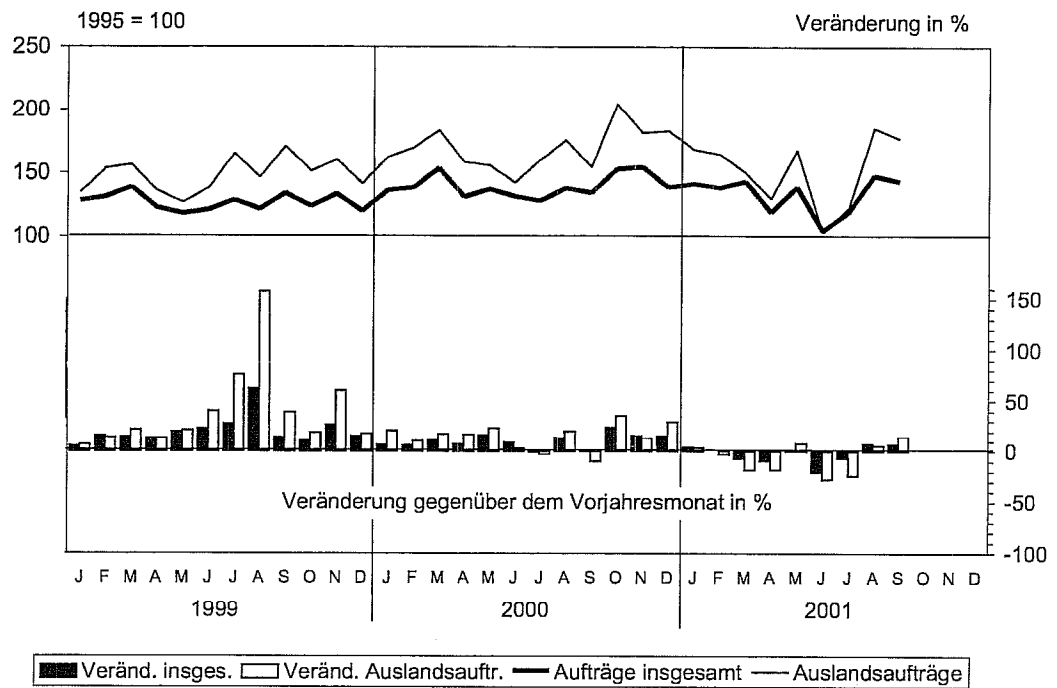


# PREISINDEX FÜR DIE LEBENSHALTUNG IM SAARLAND

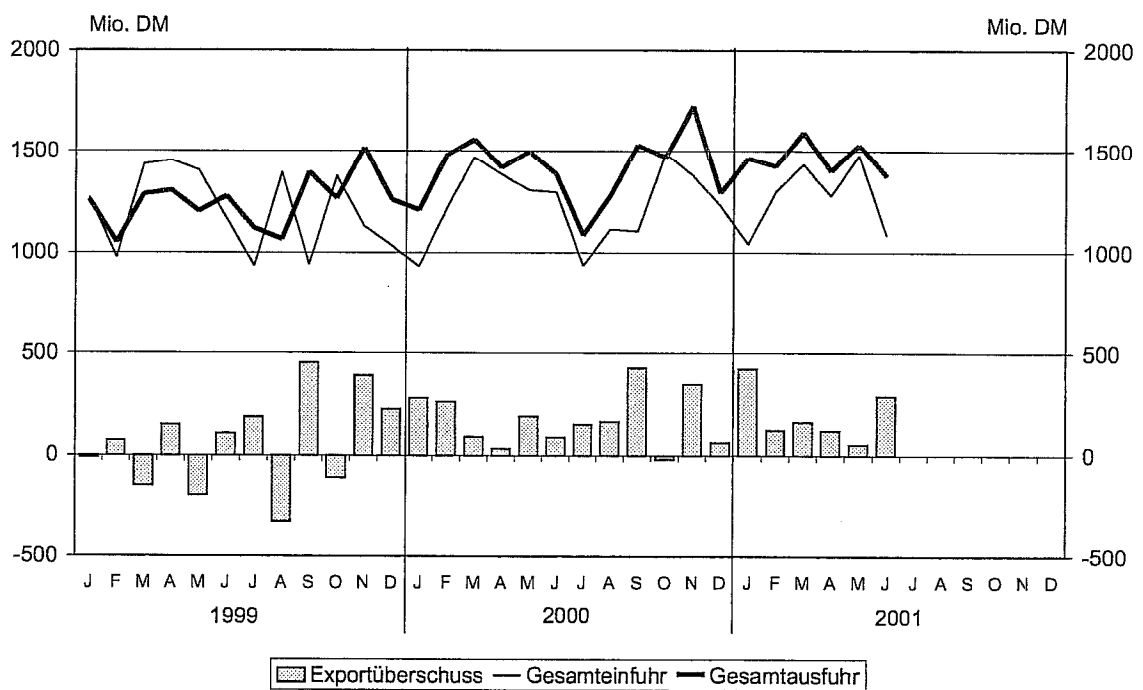




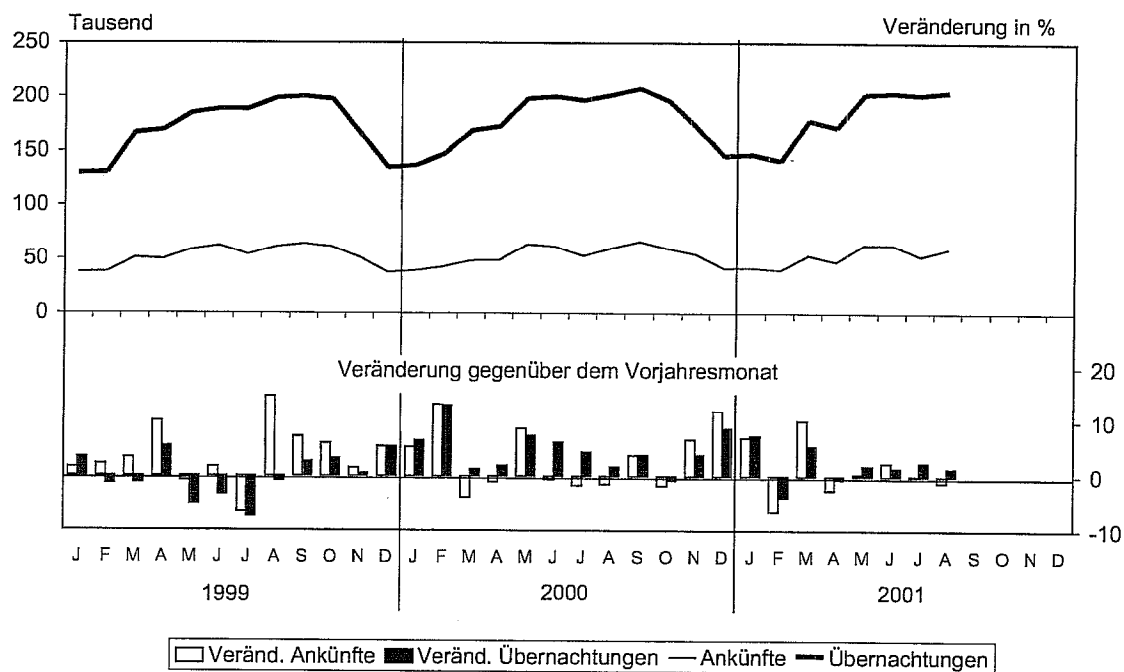
## AUFTRAGSEINGANGSINDEX VERARBEITENDES GEWERBE IM SAARLAND



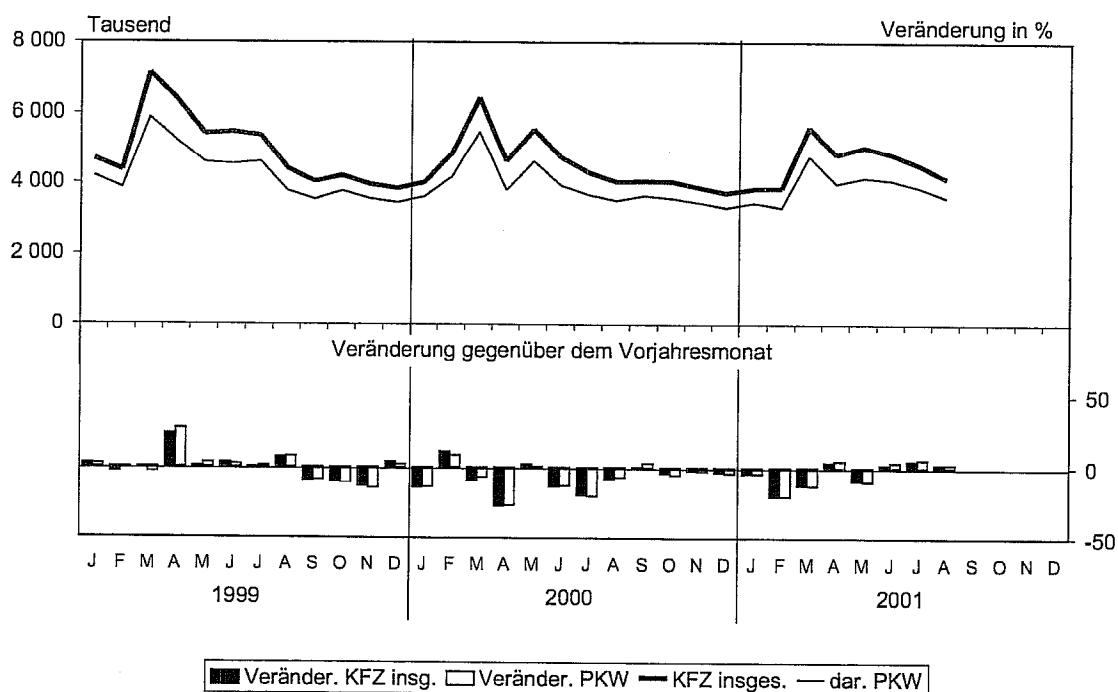
## AUSSENHANDEL IM SAARLAND



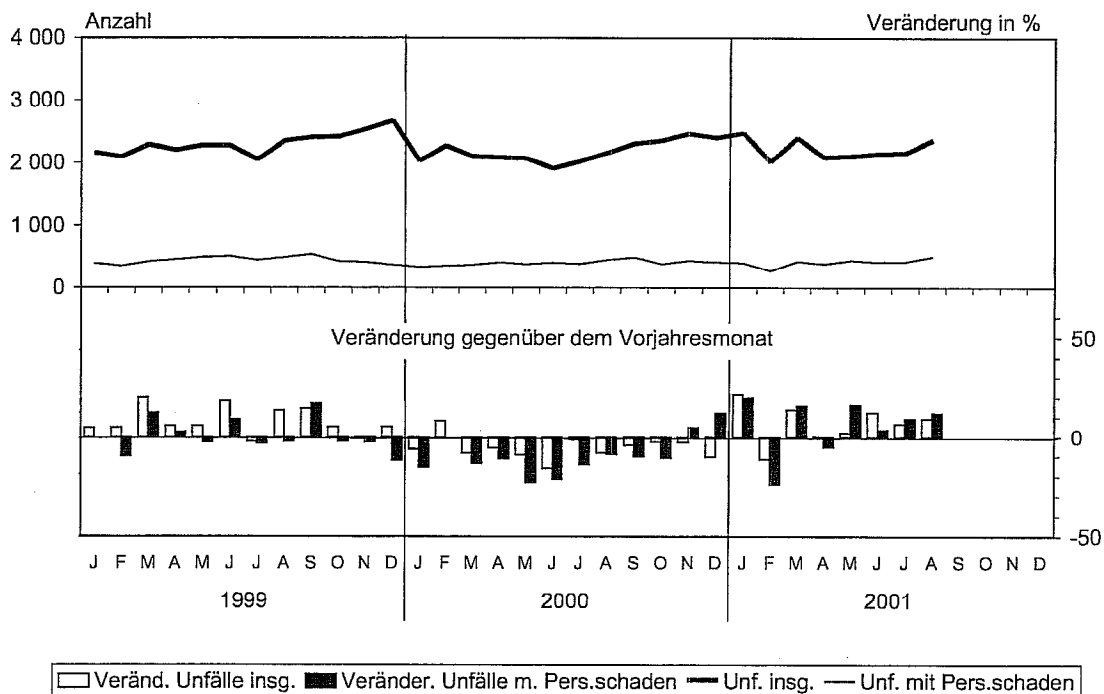
## GÄSTEANKÜNFTE UND -ÜBERNACHTUNGEN IM SAARLAND



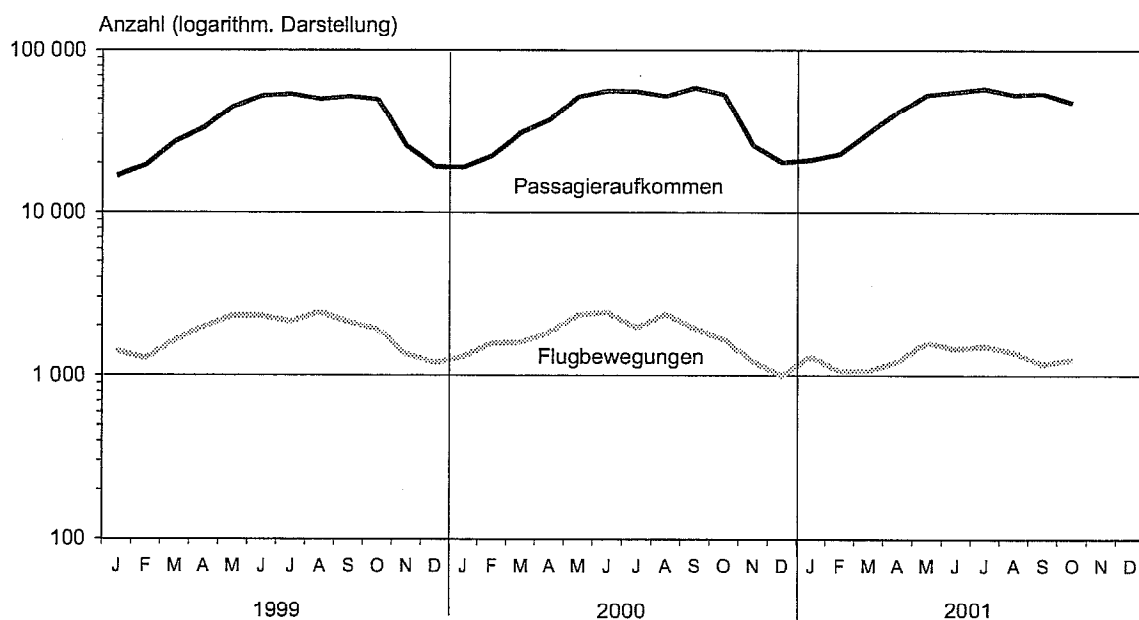
## KFZ - NEUZULASSUNGEN IM SAARLAND



## STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE IM SAARLAND



## LUFTVERKEHR FLUGHAFEN SAARBRÜCKEN





Mehr als 93 000 Schriften

Über 600 laufende Zeitschriften und Zeitungen

Statistiken des In- und Auslandes,  
der deutschen Bundesländer,  
des Deutschen Reiches,  
der ehemaligen deutschen Länder

Statistisches  
Landesamt  **Saarland**

Virchowstr. 7, 66119 Saarbrücken, Tel. (06 81) 5 01 - 59 01/59 03  
Fax (06 81) 5 01 - 59 21, E-Mail: [statistik@stala.saarland.de](mailto:statistik@stala.saarland.de)  
Internet: <http://www.statistik.saarland.de>

Öffnungszeiten für externe Kunden:

Montag - Freitag 8.30 - 12.00 Uhr  
oder nach telefonischer Vereinbarung

# ZAHLENSPIEGEL

## Saarland

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000	2000			2001			
		Monats- durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bevölkerung und Erwerbs- tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	1 072,6	...	1 069,5	1 069,4	1 069,1	...	...	...	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	513	...	681	592	770	...	...	...	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,7	...	7,8	6,5	8,5	...	...	...	...
* Lebendgeborene	Anzahl	745	...	796	761	774	...	...	...	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	8,3	...	9,1	8,4	8,5	...	...	...	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	1 065	...	977	963	968	...	...	...	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,9	...	11,1	10,6	10,7	...	...	...	...
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	4	...	4	2	3	...	...	...	...
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	5,6	...	5,3	5,2	3,9	...	...	...	...
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 320	...	- 181	- 202	- 194	...	...	...	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,6	...	- 2,1	- 2,2	- 2,1	...	...	...	...
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	1 629	...	1 336	1 750	1 751	...	...	...	...
* Ausländer	Anzahl	684	...	469	645	696	...	...	...	...
Erwerbstätige	Anzahl	/	...	/	/	/	/	/	/	/
* Fortgezogene	Anzahl	1 537	...	1 442	1 609	1 847	...	...	...	...
* Ausländer	Anzahl	526	...	487	552	606	...	...	...	...
Erwerbstätige	Anzahl	/	...	/	/	/	/	/	/	/
* Wanderungssaldo	Anzahl	+ 93	...	- 106	+ 141	+ 90	...	...	...	...
Ausländer	Anzahl	+ 158	...	- 18	+ 93	- 96	...	...	...	...
Erwerbstätige	Anzahl	/	...	/	/	/	/	/	/	/
* innerhalb des Landes Umgezogene	Anzahl	2 808	...	2 636	2 878	3 285	...	...	...	...
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte <sup>1)</sup>										
	Anzahl	352 798	...	356 206	.	.	.	...	.	.
* Frauen	Anzahl	141 586	...	143 682	.	.	.	...	.	.
* Ausländer	Anzahl	33 061	...	34 839	.	.	.	...	.	.
* Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	42 920	...	45 130	.	.	.	...	.	.
* darunter Frauen	Anzahl	38 251	...	39 909	.	.	.	...	.	.
nach Wirtschaftsabschnitten <sup>2)</sup>										
Bergbau	Anzahl	11 565	...	10 739	.	.	.	...	.	.
* darunter Frauen	Anzahl	523	...	482	.	.	.	...	.	.
Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	103 590	...	103 168	.	.	.	...	.	.
* darunter Frauen	Anzahl	21 653	...	21 482	.	.	.	...	.	.
Energie- und Wasserversorgung	Anzahl	4 694	...	4 271	.	.	.	...	.	.
* darunter Frauen	Anzahl	784	...	745	.	.	.	...	.	.
Baugewerbe	Anzahl	23 061	...	23 256	.	.	.	...	.	.
* darunter Frauen	Anzahl	2 234	...	2 219	.	.	.	...	.	.
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Anzahl	76 023	...	76 977	.	.	.	...	.	.
* darunter Frauen	Anzahl	37 010	...	37 377	.	.	.	...	.	.
Kredit- und Versicherungsgewerbe	Anzahl	12 878	...	12 999	.	.	.	...	.	.
* darunter Frauen	Anzahl	7 054	...	7 212	.	.	.	...	.	.
Grundstückswesen, Vermietung, Dienst- leistungen für Unternehmen	Anzahl	35 502	...	39 286	.	.	.	...	.	.
* darunter Frauen	Anzahl	16 152	...	17 809	.	.	.	...	.	.
Öffentliche Verwaltung u. ä.	Anzahl	19 465	...	19 367	.	.	.	...	.	.
* darunter Frauen	Anzahl	9 823	...	9 872	.	.	.	...	.	.
Öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentliche Verwaltung)	Anzahl	64 473	...	64 554	.	.	.	...	.	.
* darunter Frauen	Anzahl	45 910	...	46 068	.	.	.	...	.	.
* Arbeitslose	Anzahl	50 130	47 766	47 842	47 620	46 260	43 972	44 755	44 819	44 025
* darunter Frauen	Anzahl	20 032	19 761	20 077	20 077	19 567	18 318	18 972	19 131	18 806

# ZAHLENSPIEGEL

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000	2000			2001			
		Monats- durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* Arbeitslosenquote										
* insgesamt	%	11,9	10,8	10,6	10,6	10,3	9,6	9,7	9,7	9,6
* Frauen	%	11,4	10,4	10,2	10,2	10,0	8,9	9,2	9,3	9,1
* Männer	%	12,2	11,1	10,9	10,8	10,5	10,1	10,2	10,1	9,9
* Ausländer	%	25,7	22,5	21,1	21,0	20,6	24,0	24,0	23,9	23,9
* Jugendliche im Alter von unter 20 Jahren	%	9,1	8,2	8,9	8,1	7,7	5,5	6,7	6,8	6,5
* Offene Stellen	Anzahl	4 838	5 576	5 991	6 177	6 039	6 839	6 821	6 819	6 941
* Kurzarbeiter	Anzahl	1 643	1 829	1 675	1 439	1 782	2 570	1 745	1 473	1 685
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand <sup>3)</sup></b>										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	Anzahl	61 100	60 256	.	.	.	61 078	.	.	.
Milchkühe	Anzahl	16 234	15 048	.	.	.	15 579	.	.	.
Schweine	Anzahl	27 095	23 505	.	.	.	23 646	.	.	.
<b>Schlachtmengen <sup>4)</sup></b>										
darunter	t	407	406	313	341	300	362	327	334	363
* Rinder	t	201	210	145	151	141	174	155	134	172
* Kälber	t	9	10	6	7	5	7	4	4	5
* Schweine	t	192	180	157	178	151	177	165	193	182
* Konsumeier	1 000	2 546	2 823	2 989	3 037	2 896	2 903	2 712	2 574	2 417
* Geflügelfleisch	t	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Milch</b>										
* Milcherzeugung	1 000 t	7,5	7,4	7,6	7,6	7,3	7,5	7,6	7,7	7,4
an Molkereien und Händler geliefert	1 000 t	7,3	7,2	7,4	7,4	7,1	7,3	7,4	7,5	7,2
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,5	15,6	15,7	15,6	14,9	16,7	16,9	17,2	16,6
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden <sup>5)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	550	539	539	539	536	527	526	525	524
* Beschäftigte <sup>6)</sup>	1 000	107	106	106	106	107	104	105	105	106
* darunter Arbeiter <sup>7)</sup>	1 000	80	79	79	80	80	78	78	79	79
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000 Std.	10 196	10 108	9 619	8 829	10 137	10 121	9 506	8 589	9 657
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	560	575	590	560	543	651	624	583	554
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	385	395	399	385	375	441	399	394	377
* Bruttogehaltssumme	Mio. DM	175	180	191	175	168	210	225	189	177
Kohleverbrauch	1 000 G J <sup>8)</sup>	4 975	5 673	5 547	.	.	.	5 509	.	.
Gasverbrauch	Mio. kWh	516	557	470	.	.	.	679	.	.
Heizölverbrauch	1 000 t	4	4	3	.	.	.	3	.	.
leichtes Heizöl	1 000 t	2	2	2	.	.	.	2	.	.
schweres Heizöl	1 000 t	2	2	1	.	.	.	1	.	.
Stromverbrauch	Mio. kWh	351	365	348	345	378	370	352	327	365
Stromerzeugung	Mio. kWh	25	23	21	24	21	19	18	18	18
* Gesamtumsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mio. DM	2 829	3 038	3 031	2 492	3 034	3 429	3 136	2 642	3 315
* darunter Auslandsumsatz	Mio. DM	1 101	1 211	1 248	889	1 224	1 470	1 285	1 006	1 414
<b>* Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden <sup>9)</sup></b>										
1995=100		114,8	121,4	121,0	.	.	.	122,4	.	.
Kohlenbergbau	1995=100	77,8	70,0	73,2	.	.	.	59,4	.	.
Ernährungsgewerbe	1995=100	105,3	110,0	108,9	.	.	.	105,6	.	.
Metallerzeugung- und -bearbeitung	1995=100	97,4	112,1	112,0	.	.	.	114,1	.	.
Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen (EGKS)	1995=100	94,8	110,9	109,9	.	.	.	109,3	.	.
Maschinenbau	1995=100	135,5	130,6	132,1	.	.	.	137,4	.	.
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	1995=100	154,6	173,6	173,3	.	.	.	181,6	.	.
* Vorleistungsgüterproduzenten	1995=100	110,2	119,6	117,3	.	.	.	115,7	.	.
* Investitionsgüterproduzenten	1995=100	127,7	130,2	132,4	.	.	.	139,9	.	.
* Gebrauchsgüterproduzenten	1995=100	108,9	113,3	126,6	.	.	.	110,8	.	.
* Verbrauchsgüterproduzenten	1995=100	97,9	101,3	100,0	.	.	.	110,3	.	.

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000	2000			2001			
		Monats- durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
<b>* Index des Auftragseingangs (Wertindex)<sup>10)</sup></b>										
<b>Verarbeitendes Gewerbe insgesamt</b>	<b>1995=100</b>	<b>126,5</b>	<b>139,5</b>	<b>131,5</b>	<b>127,9</b>	<b>137,9</b>	<b>139,0</b>	<b>104,4</b>	<b>119,4</b>	<b>148,0</b>
* Inland	1995=100	112,5	120,2	124,4	107,1	113,4	120,2	105,2	117,4	123,9
* Ausland	1995=100	148,3	169,4	142,4	160,2	175,9	168,1	103,2	122,4	185,5
* Vorleistungsgüterproduzenten	1995=100	115,3	139,8	155,0	115,7	125,4	153,3	117,1	144,2	156,7
* Investitionsgüterproduzenten	1995=100	139,4	141,1	107,6	146,7	153,1	125,4	91,0	97,6	141,6
* Gebrauchsgüterproduzenten	1995=100	122,1	124,6	131,5	55,4	121,5	137,0	116,4	58,4	132,4
* Verbrauchsgüterproduzenten	1995=100	103,7	107,4	88,8	80,0	109,9	81,7	71,9	83,5	84,6
<b>Produktion ausgewählter Erzeugnisse</b>										
Verwertbare Steinkohlenförderung <sup>11)</sup>	1 000 t	534	478	442	568	573	386	451	415	385
Roheisen	1 000 t	301	338	324	351	351	339	312	353	350
Rohstahl	1 000 t	355	413	398	428	434	416	377	416	420
Walzstahlfertigerzeugnisse	1 000 t	254	298	231	325	325	298	272	239	302
<b>Handwerk</b>										
Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	1998=100	94,6	94,5	94,6	.	.	.	91,1	.	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	1998=100	105,1	106,0	107,8	.	.	.	109,2	.	.
<b>Energieversorgung</b>										
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	1 004	1 004	716	640	744	.	.	.	.
* Stromverbrauch	Mio. kWh	705	731	645	628	643	.	.	.	.
Gaserzeugung	Mio. m³	45	42	37	42	43	46	44	44	40
Gasverbrauch	Mio. kWh	719	705	324	360	338	452	392	267	315
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau<sup>12)</sup></b>										
* Beschäftigte <sup>6)</sup>	Anzahl	11 746	11 716	11 870	11 883	11 989	11 493	11 415	11 474	11 505
darunter Facharbeiter	Anzahl	5 759	5 873	5 997	5 887	5 911	5 730	5 588	5 760	5 714
* Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000 Std.	1 174	1 173	1 216	1 151	1 283	1 265	1 192	1 217	1 279
* für Wohnungsbau	1 000 Std.	389	407	433	388	421	422	422	413	439
* für gewerblichen Hochbau <sup>13)</sup>	1 000 Std.	242	235	234	238	247	257	239	246	240
* für gewerb. Tiefbau (ohne Straßenbau)	1 000 Std.	107	101	107	100	115	100	85	108	100
für gesamten Hochbau	1 000 Std.	698	710	739	700	766	754	718	716	742
für gesamten Tiefbau	1 000 Std.	476	463	477	451	517	511	474	501	537
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	51,2	51,8	53,2	53,3	54,8	51,9	50,9	53,6	53,7
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	38,5	39,1	40,1	39,5	42,3	39,5	37,7	40,4	41,0
* Bruttogehaltssumme	Mio. DM	12,7	12,7	13,2	13,8	12,6	12,4	13,2	13,2	12,7
* Gesamtumsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mio. DM	192,5	183,0	205,0	189,7	207,3	179,9	177,8	192,5	187,5
* Auftragseingang <sup>5)</sup>	Mio. DM	132,2	122,6	180,1	113,8	135,1	122,7	112,6	132,2	108,9
* Wohnungsbau	Mio. DM	15,5	18,3	37,7	11,4	30,0	16,9	10,0	9,1	11,5
* Hochbau insgesamt <sup>13)</sup>	Mio. DM	66,6	62,5	103,5	58,5	58,5	67,3	48,7	64,2	60,0
* Tiefbau insgesamt	Mio. DM	65,6	60,1	76,6	55,3	76,6	55,5	63,9	67,9	48,9
<b>Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe<sup>14)</sup></b>										
* Beschäftigte	Anzahl	3 818	3 619	3 671	.	.	.	3 706	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	405	383	1 153	.	.	.	1 183	.	.
* Gesamtumsatz	Mio. DM	48,8	46,7	138,7	.	.	.	144,3	.	.
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	165	136	135	189	119	125	117	150	135
* mit 1 Wohnung	Anzahl	120	105	98	150	96	101	93	114	97
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	31	23	25	27	17	17	14	26	32
* mit 3 und mehr Wohnungen <sup>15)</sup>	Anzahl	14	9	12	12	6	7	10	10	6
umbauter Raum	1 000 m³	181	152	144	197	124	129	115	158	144
* Wohnfläche	1 000 m²	30,6	25,5	24,4	34,1	21,3	22,1	20,0	27,8	25,6
Wohnräume	Anzahl	1 385	1 162	1 071	1 566	964	950	892	1 190	1 163
* veranschlagte Baukosten	Mio. DM	74,6	65,0	60,8	82,1	52,9	54,9	49,1	67,4	60,4
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	32	30	20	28	29	29	20	40	33
* umbauter Raum	1 000 m³	196	167	83	133	232	163	29	192	186
* Nutzfläche	1 000 m²	29,3	25,7	12,6	20,7	24,1	24,5	5,8	32,6	27,2
* veranschlagte Baukosten	Mio. DM	44,6	37,6	14,9	30,0	41,0	33,7	6,9	34,2	34,8
* Wohnungen insgesamt	Anzahl	340	229	206	304	198	176	164	212	222
* Wohnräume insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 753	1 397	1 351	1 766	1 274	1 177	1 068	1 435	1 357

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000	2000			2001			
		Monats- durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
* Ausfuhr insgesamt	Mio. DM	1 249,7	1 410,6	1 385,5	1 085,3	1 278,7	...	...	...	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mio. DM	24,4	23,4	16,7	15,6	18,7	...	...	...	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mio. DM	1 225,2	1 387,2	1 368,8	1 069,8	1 260,0	...	...	...	...
davon										
* Rohstoffe	Mio. DM	3,4	4,1	4,0	4,9	2,3	...	...	...	...
* Halbwaren	Mio. DM	40,0	49,6	55,5	45,0	43,9	...	...	...	...
* Fertigwaren	Mio. DM	1 181,8	1 333,6	1 309,3	1 019,8	1 213,9	...	...	...	...
davon										
* Vorerzeugnisse	Mio. DM	152,7	194,8	186,2	202,3	173,6	...	...	...	...
* Enderzeugnisse	Mio. DM	1 029,1	1 138,7	1 123,1	817,6	1 040,3	...	...	...	...
* EU-Länder	Mio. DM	1 007,6	1 126,1	1 103,7	791,7	976,7	...	...	...	...
darunter: Frankreich	Mio. DM	563,8	311,5	296,6	243,3	274,5	...	...	...	...
EFTA-Länder	Mio. DM	45,8	47,8	44,6	42,8	63,0	...	...	...	...
USA und Kanada	Mio. DM	49,3	66,4	63,3	86,3	69,4	...	...	...	...
Entwicklungsländer mit OPEC-Ländern	Mio. DM	62,3	67,4	71,2	68,9	58,2	...	...	...	...
Staatshandelsländer in Asien	Mio. DM	5,6	6,0	5,2	5,5	6,8	...	...	...	...
Mittel- und Osteuropäische Länder	Mio. DM	51,2	64,4	65,3	57,7	71,5	...	...	...	...
<b>Einfuhr (Spezialhandel)</b>										
* Einfuhr insgesamt	Mio. DM	1 208,8	1 237,5	1 296,9	934,2	1 113,4	...	...	...	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mio. DM	103,5	99,7	90,7	96,1	60,7	...	...	...	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mio. DM	1 105,3	1 137,9	1 206,2	838,0	1 052,7	...	...	...	...
* Rohstoffe	Mio. DM	7,1	31,3	35,1	37,5	42,1	...	...	...	...
* Halbwaren	Mio. DM	25,6	34,4	40,5	40,9	43,5	...	...	...	...
* Fertigwaren	Mio. DM	1 072,6	1 072,1	1 130,6	759,6	967,2	...	...	...	...
davon										
* Vorerzeugnisse	Mio. DM	117,5	103,1	118,8	80,7	114,9	...	...	...	...
* Enderzeugnisse	Mio. DM	955,1	969,0	1 011,8	679,0	852,3	...	...	...	...
* EU-Länder	Mio. DM	1 087,6	1 030,4	1 098,5	745,2	888,6	...	...	...	...
darunter: Frankreich	Mio. DM	563,8	486,2	502,1	397,8	383,5	...	...	...	...
EFTA-Länder	Mio. DM	11,3	12,4	12,3	11,3	11,4	...	...	...	...
USA und Kanada	Mio. DM	10,8	15,0	16,0	11,3	23,2	...	...	...	...
Entwicklungsländer mit OPEC-Ländern	Mio. DM	27,7	53,9	49,5	52,0	59,2	...	...	...	...
Staatshandelsländer in Asien	Mio. DM	14,6	17,2	17,4	12,7	19,0	...	...	...	...
Mittel- und Osteuropäische Länder	Mio. DM	35,8	67,6	60,7	65,7	75,3	...	...	...	...
<b>Einzelhandel</b>										
* Nominale Umsatzentwicklung insgesamt	1995=100	106,2	108,6	103,9	103,0	105,0	114,1	110,6	107,8	113,6
Handel mit Kraftwagen	1995=100	123,8	111,6	121,4	111,0	106,7	133,8	134,4	121,4	122,7
Tankstellen	1995=100	116,0	143,9	144,4	138,5	161,2	142,6	132,3	164,5	158,4
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	1995=100	107,0	114,0	106,5	108,0	108,8	117,1	116,4	107,6	121,4
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln usw. (in Verkaufsräumen)	1995=100	88,8	86,4	85,1	77,9	91,5	89,0	94,7	92,8	96,1
Apotheken; Facheinzelhandel mit med. Artikeln usw. (in Verkaufsräumen)	1995=100	119,8	121,8	121,1	114,0	121,7	131,7	127,8	124,4	133,5
Sonstiger Facheinzelhandel (in Verkaufsräumen)	1995=100	94,0	97,1	85,9	90,1	90,4	98,3	86,7	88,7	90,3
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	1995=100	104,3	130,0	115,0	124,2	151,6	115,3	110,8	184,7	173,7
* Reale Umsatzentwicklung insgesamt <sup>16)</sup>	1995=100	104,1	105,2	100,8	99,7	101,4	108,7	105,1	102,1	107,9
* Beschäftigte	1995=100	101,6	99,6	99,1	99,0	100,0	100,9	102,8	100,5	102,8
<b>Gastgewerbe</b>										
* Umsatz nominal	1995=100	97,8	97,7	101,4	92,6	97,7	102,9	99,1	96,4	100,8
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	1995=100	102,9	104,6	105,8	99,4	103,9	123,0	119,0	104,6	112,1
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen	1995=100	103,3	102,2	105,4	100,9	109,1	101,1	101,1	99,2	105,1
Sonstiges Gaststättengewerbe	1995=100	84,6	81,7	86,5	71,5	71,9	83,4	76,7	78,9	81,9
* Umsatz real <sup>16)</sup>	1995=100	93,1	92,1	95,5	86,3	91,0	95,6	91,6	88,3	92,2
* Beschäftigte	1995=100	90,1	87,0	88,6	84,6	86,6	86,3	84,2	85,3	88,0
<b>Fremdenverkehr</b>										
* Gästeankünfte	Anzahl	52 425	53 519	61 903	52 975	60 258	63 825	63 698	53 149	59 634
* darunter Ausländer	Anzahl	6 240	6 423	8 790	6 434	6 752	7 070	7 974	6 316	6 320
* Gästeübernachtungen	Anzahl	171 125	178 663	199 934	196 609	201 473	202 091	203 332	201 571	204 397
darunter Ausländer	Anzahl	16 568	18 038	23 006	18 617	19 349	20 400	20 307	19 831	18 124



Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000	2000			2001			
		Monats- durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
<b>Verkehr</b>										
* Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	212	280	251	260	338	287	119	221	...
* Güterversand	1 000 t	61	53	29	44	52	72	47	94	...
Kraftfahrzeuge										
* Zulassungen fabrikneuer Fahrzeuge darunter	Anzahl	4 939	4 521	4 727	4 306	4 045	5 039	4 827	4 521	4 141
* Personenkraftwagen <sup>17)</sup>	Anzahl	4 246	3 899	3 936	3 671	3 511	4 160	4 090	3 881	3 596
* Lastkraftwagen	Anzahl	267	280	312	273	231	301	201	251	234
Bestand an Kraftfahrzeugen <sup>18)</sup> darunter	Anzahl	701 288	728 338	710 752	.	.	.	...	.	.
Personenkraftwagen <sup>17)</sup>	Anzahl	597 681	618 706	603 988	.	.	.	...	.	.
Lastkraftwagen	Anzahl	30 837	33 525	31 883	.	.	.	...	.	.
* Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	2 303	2 175	1 908	2 017	2 154	2 102	2 144	2 153	2 355
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	441	398	401	383	450	442	416	419	505
* Getötete Personen	Anzahl	8	5	3	5	5	2	9	8	8
* Verletzte Personen	Anzahl	594	536	519	534	545	586	567	567	701
Unfälle mit Sachschaden	Anzahl	1 861	1 778	1 507	1 634	1 704	1 660	1 728	1 734	1 850
Straßenverkehrsunternehmen <sup>14)</sup>	Anzahl	52	52	52	.	.	.	50	.	.
Wagenkilometer insgesamt	1 000	5 486	5 453	16 750	.	.	.	15 997	.	.
Beförderte Personen insgesamt	1 000	8 343	8 430	24 780	.	.	.	24 831	.	.
Erlöse aus Beförderungen insgesamt	1 000 DM	14 871	15 591	50 735	.	.	.	51 003	.	.
<b>Insolvenzen<sup>19)</sup></b>										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	422	521	51	48	39	60	58	51	47
* Unternehmen (ohne Kleingewerbe)	Anzahl	265	246	22	21	17	27	20	18	30
* Verfahren eröffnet	Anzahl	105	144	16	10	6	16	14	10	12
* Verfahren mangels Masse abgelehnt	Anzahl	160	102	6	11	11	11	6	8	18
* Forderungen insgesamt	1 000 DM	160 291	254 996	25 665	26 251	8 929	6 603	5 173	6 538	5 810
Verbraucher	Anzahl	104	212	22	22	10	26	34	29	13
Verfahren eröffnet	Anzahl	40	150	16	18	7	18	26	27	9
<b>Steuern</b>										
<b>Steueraufkommen nach Steuerarten im Saarland</b>										
Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	528 445	547 440	596 457	578 020	434 345	506 654	580 477	540 802	470 299
Steuern vom Einkommen	1 000 DM	274 310	293 323	351 794	298 976	187 463	231 149	341 251	244 340	176 252
Lohnsteuer	1 000 DM	240 299	241 821	215 780	282 731	215 645	224 192	190 977	278 736	209 447
Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	1 364	9 100	79 925	- 24 636	- 34 840	- 37 390	73 001	- 37 698	- 33 468
Körperschaftsteuer	1 000 DM	16 822	32 327	31 195	33 543	- 3 618	40 079	48 679	- 107 422	- 10 463
Steuern vom Umsatz	1 000 DM	256 852	256 639	244 663	279 044	246 882	275 505	239 226	296 462	294 047
Umsatzsteuer	1 000 DM	240 768	235 565	222 951	257 766	228 618	250 759	213 600	275 460	273 198
Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	15 918	21 073	21 712	21 278	18 265	24 746	25 626	21 002	20 849
Bundessteuern	1 000 DM	33 824	38 938	41 158	34 353	32 504	31 717	122 054	42 888	37 173
* Landessteuern <sup>20)</sup>	1 000 DM	41 584	40 789	51 769	34 574	53 421	58 078	38 605	38 793	68 698
* Gemeindesteuern <sup>21)</sup>	1 000 DM	59 263	56 159	.	.	168 496	198 832	.	.	...
<b>Steuerverteilung auf die Gebiets- körperschaften</b>										
Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	269 219	276 722	319 770	287 086	224 381	266 529	340 462	285 853	236 247
Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	121 886	130 967	155 824	132 796	82 032	103 614	154 123	106 995	77 900
Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	111 674	105 188	122 788	119 540	105 454	126 490	64 280	134 315	117 081
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	1 835	1 629	-	397	4 391	4 708	5	1 655	4 093
Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	310 901	329 017	329 468	329 677	291 674	324 865	370 529	315 393	334 991
Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	122 595	131 291	155 824	134 261	82 032	104 621	156 962	109 835	77 900
Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	143 450	151 451	121 875	159 504	141 428	149 015	174 946	162 147	176 966
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 203	5 487	-	1 338	14 793	13 151	16	4 618	11 427
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände <sup>21)</sup>	1 000 DM	93 186	92 753	.	.	263 827	290 667	.	.	...
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto)	1 000 DM	31 021	29 321	.	.	82 398	96 885	.	.	...
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer und Zinsabschlag	1 000 DM	37 212	38 695	.	.	101 849	101 853	.	.	...

# ZAHLENSPIEGEL

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000	2000			2001			
		Monats- durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern u. Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995=100	104,2	105,8	105,7	106,3	106,3	108,3	108,4	108,5	108,5
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995=100	99,9	99,7	99,6	99,2	99,4	105,6	105,3	104,9	104,6
Bekleidung, Schuhe	1995=100	103,5	104,7	104,8	104,6	104,6	104,9	104,9	104,9	104,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995=100	105,8	107,1	106,7	107,0	107,2	109,0	109,2	109,1	109,2
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	1995=100	106,4	106,8	106,8	106,8	106,8	107,3	107,3	107,4	107,4
Haushaltsenergie	1995=100	102,5	107,7	105,1	107,2	108,5	116,5	117,3	116,5	116,8
Möbel, Hausrat und lfd. Instandhaltung	1995=100	101,9	102,0	102,0	102,1	101,8	103,0	102,9	103,0	103,0
Gesundheitspflege	1995=100	118,8	120,4	120,3	120,3	120,4	121,3	121,4	121,5	121,5
Verkehr	1995=100	108,1	114,4	115,3	115,6	115,0	119,7	119,3	117,5	118,2
Nachrichtenübermittlung	1995=100	86,0	82,1	81,5	81,5	81,5	79,3	79,3	79,4	79,5
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	1995=100	101,9	102,8	102,9	110,6	111,4	103,3	106,0	112,2	111,5
* Preisindex für Wohngebäude <sup>22)</sup>	1995=100	102,9	103,7	.	.	104,0	104,8	.	.	105,0
Löhne und Gehälter										
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter in Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	DM	4 686	4 820	.	4 874	.	.	.	4 930	.
* männliche Arbeiter	DM	4 820	4 964	.	5 014	.	.	.	5 077	.
darunter Facharbeiter	DM	4 981	5 225	.	5 249	.	.	.	5 332	.
* weibliche Arbeiter	DM	3 533	3 579	.	3 617	.	.	.	3 687	.
darunter Hilfsarbeiterinnen	DM	3 458	3 500	.	3 541	.	.	.	3 559	.
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter in Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	DM	28,51	29,06	.	29,30	.	.	.	29,79	.
* männliche Arbeiter	DM	29,25	29,82	.	30,04	.	.	.	30,57	.
darunter Facharbeiter	DM	30,01	31,02	.	31,10	.	.	.	31,83	.
* weibliche Arbeiter	DM	22,00	22,26	.	22,48	.	.	.	22,96	.
darunter Hilfsarbeiterinnen	DM	21,59	21,83	.	22,08	.	.	.	22,14	.
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	DM	6 356	6 422	.	6 424	.	.	.	6 605	.
kaufmännische Angestellte	DM	5 689	5 710	.	5 708	.	.	.	5 877	.
* männlich	DM	6 410	6 493	.	6 485	.	.	.	6 691	.
* weiblich	DM	4 741	4 746	.	4 751	.	.	.	4 885	.
* technische Angestellte	DM	6 856	6 973	.	6 980	.	.	.	7 156	.
* männlich	DM	6 963	7 084	.	7 089	.	.	.	7 259	.
* weiblich	DM	4 815	4 931	.	4 965	.	.	.	5 139	.
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel, Kredit- und Versicherungs-gewerbe	DM	4 611	4 687	.	4 682	.	.	.	4 778	.
* kaufmännische Angestellte	DM	4 589	4 665	.	4 657	.	.	.	4 751	.
* männlich	DM	5 303	5 382	.	5 380	.	.	.	5 461	.
* weiblich	DM	3 890	3 978	.	3 969	.	.	.	4 044	.

1) Vorläufiges Ergebnis, einschließlich Fälle ohne Angabe zur wirtschaftlichen Gliederung. 2) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93). 3) Statt Durchschnittsbestand wird das Ergebnis der allgemeinen Viehzählung im Mai verwendet (ab LZ 1999). 4) Aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. 6) Einschließlich tätiger Inhaber/-innen, ohne Heimarbeiter. 7) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. 8) Eine Tonne Steinkohleneinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,3 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle, 1 Tonne SKE = 29,308 G Joule. 9) Originalwert, wird im Saarland nur vierteljährlich gerechnet. 10) Auftragseingang wird nur bei ausgewählten Wirtschaftszweigen erhoben (s. Statistischer Bericht E I 1). 11) Gemäß den Richtlinien der Statistik der Kohlenwirtschaft e. V. in Essen. Durch Umstrukturierungen im Bergbau (DSK - Deutsche Steinkohle AG) ist die Vergleichbarkeit mit Ergebnissen vor 1999 eingeschränkt. 12) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. 13) Einschließlich landwirtschaftlicher Bau. 14) Quartalswerte/Quartalsdurchschnitt. 15) Einschließlich Wohnheime. 16) Bis Mai 1999 Berechnung des realen Umsatzes auf der Preisbasis 1991=100, ab Juni 1999 Preisbasis 1995=100. 17) Sog. "M1"-Fahrzeuge: hierzu zählen neben Fahrzeugen zur Personenbeförderung mit höchstens 9 Sitzen auch Wohnmobile, Krankenwagen u. a. Fahrzeuge zur Personenbeförderung. 18) Jahresende bzw. 30 Juni. 19) Jahresergebnis statt MD. 20) Einschließlich der steuerähnlichen Abgaben. 21) Vierteljahreszahlen. 22) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk.

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht.

## Bundeszahlen

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000	2000			2001			
		Monats- durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung	1 000	...	...	82 183	82 199	82 213	...	...	...	...
Arbeitslose	1 000	4 099	3 889	3 724	3 804	3 781	3 721	3 694	3 799	3 789
Männer	1 000	2 160	2 053	1 947	1 971	1 949	1 990	1 958	1 997	1 985
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden <sup>1)</sup>										
Beschäftigte	1 000	6 366	6 376	6 361	6 400	6 429	6 385	6 389	6 413	6 435
Geleistete Arbeiterstunden	Mio. Std.	527	526	509	509	510	538	507	511	505
Gesamtumsatz	Mio. DM	194 859	212 866	213 260	206 425	206 634	225 106	221 261	216 994	211 314
Index der Nettoproduktion <sup>2)</sup> im Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden und Verarbeitenden Gewerbe	1995=100	111,4	118,2	115,9	115,2	112,8	121,4	118,8	116,1	112,4
Kohlenbergbau	1995=100	77,9	71,4	62,9	71,1	72,1	68,2	.	.	.
Vorleistungsgüterproduzenten	1995=100	112,5	118,5	115,2	117,4	115,6	121,8	.	.	.
Investitionsgüterproduzenten	1995=100	114,2	125,4	125,1	120,3	117,4	127,5	.	.	.
Gebrauchsgüterproduzenten	1995=100	113,4	121,1	116,0	113,1	100,3	131,6	.	.	.
Verbrauchsgüterproduzenten	1995=100	102,6	103,7	101,5	100,9	103,1	104,6	.	.	.
Verwertbare Steinkohlenförderung <sup>3)</sup>	1 000 t	3 270	2 776	2 329	2 847	2 871	2 338	1 995	2 041	2 241
Rohbraunkohlenförderung <sup>3)</sup>	1 000 t	13 440	13 973	13 470	14 045	14 051	14 817	14 156	13 723	13 612
Produktion von Rohstahl	1 000 t	3 482	3 841	3 957	3 917	3 972	3 722	3 433	3 526	3 644
Roheisen	1 000 t	2 295	2 533	2 597	2 637	2 679	2 324	2 204	2 302	2 476
Walzstahlfertigerzeugnisse	1 000 t	3 082	3 334	3 300	3 449	3 389	3 383	2 989	3 033	3 132
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau <sup>1)</sup>										
Beschäftigte	1 000	1 110	1 030	1 035	1 032	1 035	950	951	949	952
Löhne und Gehälter	Mio. DM	4 465	4 201	4 328	4 126	4 444	4 039	3 937	4 059	4 142
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000 Std.	113 460	101 554	104 458	106 728	108 116	104 671	98 612	103 035	100 248
für Wohnungsbau	1 000 Std.	48 525	41 968	43 812	44 079	43 149	41 331	38 937	40 386	38 157
für gewerblichen Bau	1 000 Std.	33 957	30 883	30 625	31 466	32 662	32 062	30 281	31 318	31 471
Index der Nettoproduktion <sup>2)</sup>	1995=100	88,2	84,9	84,8	86,7	87,6	86,9	81,4	85,5	82,0
Handel										
Einfuhr (Spezialhandel)	Mio. DM	71 090	88 497	85 117	86 882	87 688	...	...	...	...
Ernährungswirtschaft	Mio. DM	5 768	6 063	6 151	5 933	6 012	...	...	...	...
Gewerbliche Wirtschaft	Mio. DM	58 527	73 117	70 063	71 836	72 530	...	...	...	...
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mio. DM	82 005	97 353	96 893	97 228	92 216	...	...	...	...
Gewerbliche Wirtschaft	Mio. DM	74 859	88 220	86 956	88 127	83 784	...	...	...	...
Fertigwaren	Mio. DM	70 860	82 897	81 643	82 862	78 578	...	...	...	...
Einzelhandelsumsätze in jeweiligen Preisen	1995=100	104,0	104,3	100,2	102,6	101,5	105,9	103,0	105,2	...
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>4)</sup>	1995=100	89,9	95,1	96,1	96,8	97,2	102,5p	98,9p	99,7p	100,7p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)	1995=100	98,5	101,8	101,3	102,0	102,3	105,6	105,7	105,2	105,1
Preisindex für Wohngebäude mit MwSt. <sup>5)</sup>	1995=100	98,4	98,7	.	.	98,7	98,6	.	.	98,5
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>6)</sup>										
Lebenshaltung insgesamt	1995=100	104,9	106,9	106,9	107,4	107,2	110,0	110,2	110,2	110,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995=100	101,7	101,2	101,8	101,4	100,8	107,7	108,0	107,4	106,2
Bekleidung, Schuhe	1995=100	101,8	102,0	101,9	101,6	101,3	102,8	102,8	102,4	102,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995=100	107,4	110,9	110,4	110,8	111,2	114,2	114,6	114,5	114,7
Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995=100	101,9	113,8	111,3	112,8	114,5	125,8	126,9	126,3	126,7
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte u. Ausrüst. für den Haushalt und deren Instandhaltung	1995=100	102,1	102,1	102,0	102,0	101,9	103,0	103,0	103,1	103,1

# ZAHLENSPIEGEL

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000	2000			2001			
		Monats- durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Steuern (ab 1970 ohne durchlfd. Posten)										
Kassenmäßige Einnahmen aus Bundes- und Landessteuern	Mio. DM	68 834	71 080	90 619	62 832	59 881	60 751	84 171	64 511	60 821
Veranlagte Einkommensteuer	Mio. DM	1 774	1 992	10 509	- 2 691	- 2 635	- 1 965	10 340	- 2 925	- 2 072
Umsatz- und Umsatzausgleichsteuer	Mio. DM	22 354	22 960	22 807	22 884	22 269	24 992	21 245	23 116	22 764
Zölle	Mio. DM	571	553	573	525	553	571	476	576	548
Tabaksteuer	Mio. DM	1 900	1 865	2 164	1 912	2 071	2 684	1 117	2 891	2 164
Branntweinmonopol	Mio. DM	364	351	365	321	329	342	317	403	310

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. 2) Originalwert. 3) Gemäß den Richtlinien der Statistik der Kohlenwirtschaft e. V. in Essen.  
4) Ohne Mehrwertsteuer und ohne Aufwertungsausgleich. 5) Wird nur für die Monate Februar, Mai, August und November berechnet. 6) Aller privaten Haushalte.

# Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes

## I. Zusammenfassende Schriften

### **Statistisches Jahrbuch für das Saarland**

Das Statistische Jahrbuch bietet aktuelle Informationen aus allen wichtigen Bereichen des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Die Darstellung in Tabellenform, die vielfach mehrjährige Vergleiche erlaubt, wird durch textliche Erläuterungen sowie durch übersichtliche Schaubilder und Grafiken ergänzt. Wichtige Daten aus der amtlichen Statistik der anderen Bundesländer und des Bundes sowie der Länder der EU runden das Informationsangebot ab.

### **Statistik-Journal, Statistisches Monatsheft Saarland**

Das Statistik-Journal informiert monatlich über aktuelle Ergebnisse aus einer Vielzahl von Bereichen der amtlichen Statistik. Neben Textbeiträgen geben Grafiken und ein Zahlenspiegel umfassende Einblicke in das wirtschaftliche und soziale Geschehen im Saarland.

**Saarland heute - Statistische Kurzinformationen** (*erscheint jährlich*)

## II. Fachstatistische Schriften

### **Handbuch Öffentliche Finanzen**

Erscheinungsweise jährlich. Das Handbuch stellt Grunddaten über die aktuelle Finanzsituation im öffentlichen Bereich zur Verfügung. Angegeben sind sowohl einfache Bestandszahlen als auch funktional gegliederte Ergebnisse für Gemeinden und Land.

### **Statistische Berichte**

Zur schnellen Unterrichtung von Verwaltung und anderen Interessenten werden hier die neuesten Ergebnisse der laufenden Statistiken wie auch die ersten Resultate von Sondererhebungen veröffentlicht. Ihre sachliche Gliederung ist sehr differenziert und bundeseinheitlich festgelegt.

**Bildung - Kurzinformation** (*erscheint jährlich*)

## III. Reihen

### **Einzelschrift zur Statistik des Saarlandes**

In dieser Reihe, die bis heute mehr als 100 Bände umfasst, werden aus dem gesamten Spektrum der amtlichen Statistik schwerpunktmäßig Einzelthemen behandelt. Insbesondere werden hier Ergebnisse von Erhebungen dargestellt, die nur in mehrjährigen Abständen stattfinden, so etwa die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung, Handels- und Gaststättenzählung, Handwerkszählung etc.

### **Saarland in Zahlen (Sonderhefte)**

In dieser Reihe werden sachlich und teils auch regional tief gegliederte Ergebnisse mit fachlichen Schwerpunkten veröffentlicht. Regelmäßig erscheinen die Sonderhefte aus den Bereichen Produzierendes Gewerbe, Agrarberichterstattung, Allgemeinbildende Schulen und Krebsstatistik.

### **Saarländische Gemeindezahlen**

In dieser jährlich erscheinenden Publikation werden Informationen aus den verschiedensten Bereichen der amtlichen Statistik auf Gemeinde- bzw. Kreisebene veröffentlicht.

### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder - Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Landesämter**

Ergebnisse über Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts nach Ländern sowie Bruttowertschöpfung der kreisfreien Städte und Landkreise. Erscheinungsweise ein- bis zweijährlich. Erwerbstätigenrechnung der Länder.

## IV. Verzeichnisse

wie Gemeindeverzeichnis, Schulverzeichnis, Krankenhausverzeichnis, Straßenverzeichnis, Märkte im Saarland, Systematischer Datenbestandskatalog des Saarländischen Planungs- und Informationssystems SAPLIS usw. werden regelmäßig aktualisiert herausgegeben.

STATISTISCHES LANDESAMT SAARLAND - Presse- und Informationsdienst

Virchowstraße 7, 66119 Saarbrücken, ☎ 06 81/5 01 - 59 35/- 59 25, Telefax 06 81/5 01 - 59 21

E-Mail: statistik@stala.saarland.de Internet: <http://www.statistik.saarland.de>

# Konjunktur aktuell

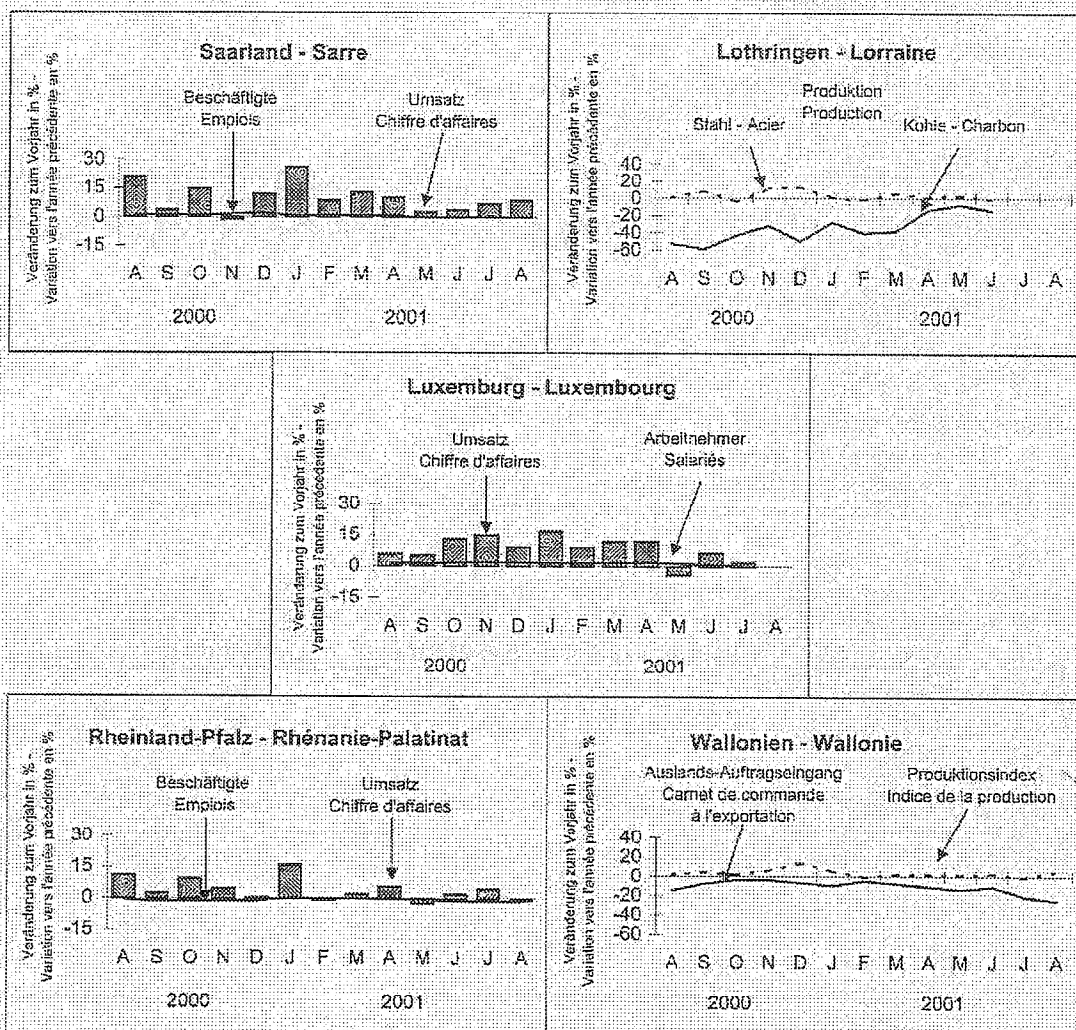
## Conjoncture actuelle

Oktober · Octobre 2001

Großregion Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonien  
Grande Région Saar – Lor – Lux – Rhénanie-Palatinat – Wallonie

15. 10. 2001

### Verarbeitendes Gewerbe · Industries manufacturières



Herausgeber · Éditeur: Statistisches Landesamt Saarland, Saarbrücken · Institut National de la Statistique et des Études Économiques (INSEE), Direction Régionale de Lorraine · Service Central de la Statistique et des Études Économiques (STATEC), Luxembourg · Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems · Ministère de la Région Wallonne, Service des Études et de la Statistique (S.E.S.), Jambes (Namur).

Herausgegeben mit dankenswerter Unterstützung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Nous remercions la Commission des Communautés Européennes pour leur contribution à la réalisation de cette publication.

204/01/221.fr

**Verarbeitendes Gewerbe in der Großregion Saar - Lor - Lux - Rheinland-Pfalz - Wallonien**  
**Industries manufacturières dans la Grande Région Saar - Lor - Lux - Rhénanie-Palatinat - Wallonie**

Merkmal Variable	2000					2001							
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
	Août	Sept.	Oct.	Nov.	Déc.	Jan.	Févr.	Mars	Avril	Mai	Juin	Juillet	Août
	Veränderung zum Vorjahr in % Variation vers l'année précédente en %												
Saarland - Sarre													
Beschäftigte Emplois	1,1	1,2	1,1	1,5	2,0	0,6	0,7	0,7	0,6	-0,2	-0,2	0,1	-0,1
Umsatz - Chiffre d'affaires	21,2	3,5	14,6	-1,3	12,0	26,2	8,4	13,0	10,1	2,4	3,5	6,7	8,4
Lothringen - Lorraine													
Produktion von Production de Stahl Acier	1,1	8,8	-4,2	11,7	13,8	1,0	-2,0	6,3	0,7	3,0	-0,7	...	...
Kohle Charbon	-52,7	-58,9	-43,0	-31,7	-49,8	-27,8	-40,3	-37,9	-13,3	-7,4	-13,8	...	...
Luxemburg - Luxembourg													
Arbeitnehmer Salariés	1,3	1,3	1,7	2,0	1,9	1,6	1,6	1,9	2,0	1,5	0,7	0,5	...
Umsatz - Chiffre d'affaires	5,8	5,0	13,0	14,7	9,0	16,8	8,8	11,8	12,0	-3,8	6,5	2,1	...
Rheinland-Pfalz - Rhénanie-Palatinat													
Beschäftigte Emplois	-0,7	-1,3	-1,4	-1,1	-1,2	0,3	-0,1	0,1	-0,3	-0,5	-1,1	-1,2	-1,3
Umsatz - Chiffre d'affaires	11,2	2,3	9,4	4,6	0,3	15,8	-0,8	1,8	5,6	-2,6	1,9	4,3	-1,0
Wallonien - Wallonie													
Auslands-Auftrags- eingang <sup>1)</sup> Carnet de commandes à l'exportation <sup>1)</sup>	-15,0	-8,0	-4,0	-4,0	-7,0	-10,0	-5,0	-8,0	-11,0	-14,0	-11,0	-21,0	-25,0
Produktionsindex Indice de la production	1,6	4,2	1,1	5,9	13,9	5,2	-0,9	1,8	1,7	1,0	2,4	-0,9	4,9

1) Dessaisonalisée / Saisonbereinigt.

## VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES SAARLAND

### Statistische Berichte im Monat September 2001

Abschlussprüfungen an den Hochschulen des Saarlandes im Prüfungsjahr 2000	B III 3 - j 2000	Baugenehmigungen im 2. Vierteljahr 2001	F II 1 - vj 2/2001
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Juli 2001	E I 1 - m 7/2001	Einzelhandel im Juni 2001	G I 1 - m 6/2001
Index der Nettoproduktion und Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes 2. Quartal 2001	E I 2 / E I 5 - vj 2/2001	Gastgewerbe im Juni 2001	G IV 3 - m 6/2001
Baugewerbe im Juni 2001	E II 1 / E III 1 - m 6/2001	Straßenverkehrsunfälle im Mai 2001	H I 1 - m 5/2001
Baugewerbe im Juli 2001	E II 1 / E III 1 - m 7/2001	Straßenverkehrsunfälle im Juni 2001	H I 1 - m 6/2001
Das Handwerk im 2. Vierteljahr 2001	E V 1 - vj 2/2001	Kommunale Finanzen im 2. Vierteljahr 2001	L II 2 - vj 2/2001
		Preisindex für die Lebenshaltung August 2001	M I 2 - m 8/2001
		Durchschnittliche Kaufwerte von Bauland im Saarland 2000	M I 6 - j 2000

## MITTEILUNGEN DES AMTES

### Zensusstest

Rund 17 000 Bürgerinnen und Bürger des Saarlandes werden in den kommenden Wochen von Interviewern und Interviewerinnen des Statistischen Landesamts besucht und zu demographische Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Familienstand und teilweise auch zu ihrer Wohnung befragt.

Die Befragung steht im Zusammenhang mit der bundesweiten Erprobung eines registergestützten Zensus. Dieser soll künftig traditionelle Volkszählungen ersetzen, indem auf vorhandene Register, wie z. B. die Einwohnermelderegister, zurückgegriffen wird. Die Bürger sollen damit entlastet und die Kosten wesentlich gesenkt werden.

Die Testerhebung, die zur Zeit stattfindet, ist erforderlich, um die Qualität der Register, die ausgewertet werden sollen, zu beurteilen.

Für diesen sogenannten Zensusstests hat der Gesetzgeber Auskunftspflicht angeordnet.

### Marktkalender 2002 erschienen

Soeben ist die Neuauflage des Verzeichnisses "Märkte im Saarland 2002" erschienen.

Das Verzeichnis gibt einen Überblick über die im kommenden Jahr stattfindenden einmaligen und regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen, angefangen vom Flohmarkt bis hin zur großen Verbrauchermesse.

Die Veranstaltungen werden nach Art, Beginn und Dauer sowohl in alphabetischer Reihenfolge der Markttorte als auch in chronologischer Ordnung dargestellt.

Angaben zu den Einwohnerzahlen der Markttorte, ein Kalendarium sowie eine Verwaltungskarte des Saarlandes ergänzen das Informationsangebot.

Der Marktkalender ist zum Preis von 12,- DM (zuzüglich Porto- und Versandkosten) erhältlich bei:

Statistisches Landesamt Saarland, Virchowstraße 7, 66119 Saarbrücken (Postfach 10 30 44, 66030 Saarbrücken),  
Tel. (06 81) 5 01 - 59 27 oder - 59 24, E-Mail: statistik@stala.saarland.de